

# Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 3 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig  
Gerberstr. 1<sup>IV</sup> Viktoriahotel. Fernruf 7503

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreispaltige Kleinzeile 2 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 44

Sonnabend, den 29. Oktober 1921

25. Jahrgang

## Lohnbewegungen.

Zur Beachtung! Notizen unter dieser Rubrik werden nur dann jede Woche wiederholt, wenn der Schriftleitung bis spätestens Montag früh entsprechende Mitteilung vorliegt.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperr-, Streif-, Zugang fernhalten“ in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten einget, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

### Gesperret:

Sieber u. Geiger, Grabsteingeschäft in Billingen. Betrieb von Martin Peter, Barnhilt. Bildhauer Hugo Weg, Grünberg i. Schl. Grabsteingeschäft Franz Kolf in Raderborn, Reiner in Augsburg-Pfersee. In Jena die Grabsteingeschäfte von Pufe und Flügner, Ebert und Beyer. In Bremen Grabsteingeschäft Berger und Traube. In Gelsenkirchen die Betriebe Dobilzig, Kirchner und Osterhof.

### Streif:

Großkronsdorf und Oberpeilan. Stuttgart (Bau-Steinmehlen). Gummertsbach. Im Löbauer Schleiferei-Betrieb. (Siehe Artikel.)

### Zugang ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperr- und Streif nach Zobenbüren i. Westf., Frankfurt a. M., Göst und Offenbach a. M. (Grabmal- und Marmorbranche). Nach Ostfriesland und Papenburg, Eberbach und Umgebung (Waden), nach dem Ruhrsaft-Steinbezirk, nach dem Basaltwerk „Heiligenmühle“, Detschen (Hön), nach Bielefeld, Herford, Lippe-Deimold, Krefeld; nach Stolb b. Köslin, Verdungen (Firma Werner u. Späth), Osterwald (Steinmehlen, Platz Meiner u. Ille mann).

### Erlebte Bewegungen.

Bezirk Kammelsbach. Der Streif wurde durch eine Einigung über die entstandenen Differenzen beendet, die Arbeit bereits am 17. Oktober wieder aufgenommen. Es betraf die Basalt-A.-G. am Schneeweiler-Hof.

Landestarif Sachsen (Berkstein-Grabmal). Die neue Lohn- und Abfordregelung lautet: ab 21. Oktober pro Stunde 9.20 M., Abfordzuschlag 920 Prozent (bisher 750 Prozent), ab 1. November pro Stunde 10.20 M., Abfordzuschlag 920 Proz., ab 18. November pro Stunde 10.70 M., Abfordzuschlag 970 Prozent. Diese Abmachung ist vom 18. November 1921 ab mit vierwöchiger Frist kündbar.

Thema i. Bogtl. In den hiesigen Plattenschleiferbetrieben wurden für volljährige Arbeiter Löhne von 7.70—7.90 M. vereinbart. Die jugendlichen Kollegen und die unberheirateten werden etwas niedriger entlohnt.

Langenberg b. Chemnitz. Für die hiesigen Serpentinsteinschleifer wurde ein Stundenlohn von 7.20 M. vereinbart. Für Jugendliche von 18—21 Jahren beträgt dieser 6.70 M. und unter 18 Jahren 6.20 M.

Kraftsdorf b. Gera. Ab 15. Oktober bekommen Steinmehlen pro Stunde 7.20 M. und Brucharbeiter 6.20 M.

Altengronau (Hessen). Ab 14. Oktober 1921 erhöhen sich die Löhne der Marmorarbeiter um 1 Mark pro Stunde. Abfordlohn-sätze wurden neu festgesetzt und 100 Prozent Stundenlohn garantiert.

Steinach u. Umgegend. Beststeinbetriebe. Ab 1. Okt. 1921 wird auf die bisherigen Stunden- und Abfordlöhne eine Teuerungszulage von 25 Prozent gewährt. Die bisherige Brot-Steuerungszulage wird in eine Kinderzulage umgewandelt und pro Schulspflichtigen Kind und Tag 1 Mark berechnet. Bei Urlaub wird vom 5. Arbeitsjahre ab 1 Tag mehr gewährt wie bisher.

Münberg (Marmorarbeiter). Ab 24. Oktober erhöhen sich die Stundenlöhne der Arbeiter um 60 Pf. und der Arbeiterinnen um 45 Pf. Ab 15. November erhöhen sich diese abermals um 40 Pf. für Arbeiter und um 30 Pf. für Arbeiterinnen. Die Montagezulage für Münberg und Fürth erhöht sich im gleichen Verhältnis.

In den oberbairischen Marmorwerken wurden nach einer Verhandlung in Rosenheim die Stundenlöhne um 1 Mark erhöht.

Raumburg (Saale). Der Lohn der Steinmehlen wurde ab 17. Oktober von 7.30 M. auf 8.40 M. erhöht.

## Vom kapitalistischen Wirtschafts-prozess.

Wir veröffentlichen eine Reihe von Abhandlungen, die mit der Überschrift im Zusammenhang stehen, auch die in Nr. 43 gebrachte „Arbeitspsychologie“ gehört dazu. Die Abhandlungen stammen aus der Feder unserer Kursteilnehmer in Münster und beschäftigen sich mit dem Gehirne unserer Kollegenkreise zugänglich zu machen. Wenn auch manches nicht zureichend ist nach der herrschenden Auffassung, so mag man doch mit dem Stimmungen zurückhalten und die nachfolgenden Abhandlungen als eine Anregung betrachten, um sich in die angeschnittenen Fragen noch anderweitig zu vertiefen. Die Schriftleitung.

(Chr. Schm.) Der Umstand, daß in unseren Volksschulen über unsere Volkswirtschaft fast gar nichts gelehrt wird, zwingt uns dazu, auch mit Hilfe unserer Gewerkschaftspresse besonders unsere jüngeren Kollegen mit den wichtigsten Zusammenhängen unseres Wirtschaftslebens vertraut zu machen.

Speziell ist es der kapitalistische Wirtschaftsprozess, der unsere Kollegen im allgemeinen, die Betriebsräte aber im besonderen interessiert. Unter Wirtschaft ist die planmäßige Tätigkeit des Menschen zur Befriedigung seiner Bedürfnisse zu verstehen. Um wirtschaften zu können, benötigt eine Wirtschaftsform, ob diese nun jetzt kapitalistisch oder sozialistisch ist, eine Grundlage. Die Grundlage der kapitalistischen Wirtschaftsform ist gebildet aus den Produktivkräften auf der einen und aus den Konsumtivkräften auf der anderen Seite. Die Produktivkräfte bestehen in den Rohstoffen und der Energie, die uns die Natur liefert. Zu den Produktivkräften gehört vor allem auch unsere Arbeit, die jene Rohstoffe der Natur formt, die Energiequellen der Natur ausnützt, sie dem Menschen zugänglich und dienstbar macht.

Die Konsumtivkräfte bilden die Menschen selbst, indem sie die Erzeugnisse der Produktion verwenden, und zwar zum Aufbau, zu Sachmitteln und zur Nahrung, Kleidung und Wohnung für den Menschen.

Da die Zahl jener, die überlegt oder unüberlegt immer mit Vorliebe darauf hinweisen, daß unsere heutige Wirtschaftsform von Grund auf geändert werden muß, nicht gering ist, darf in diesem Zusammenhang wohl ausgesprochen werden, daß an den Grundlagen, auf denen die kapitalistische Wirtschaftsform aufgebaut ist, auch dann nichts geändert werden kann, wenn wir an Stelle der kapitalistischen die sozialistische Produktionsweise setzen. Geändert kann an diesen Grundlagen deshalb nichts werden, weil wir auch zur sozialistischen Produktionsweise Produktivkräfte brauchen, um den Konsumtivkräften der Menschen zu genügen.

Die heute in Produktiv- und Konsumtivkräften bestehenden Grundlagen müssen auf alle Fälle bestehen bleiben, ohne Rücksicht darauf, welche Wirtschaftsform wir auf diesen Grundlagen aufbauen.

Neben den Grundlagen benötigt eine jede Wirtschafts- und Gesellschaftsform auch eine Kopf- und Handbildung. Diesen Kopf wird immer der Staat mit seinen Staatssystemen bilden. Zwischen den Grundlagen und der Kopf- und Handbildung ist es das Privateigentum, was der kapitalistischen Produktionsweise die Nahrung gibt und dadurch diese Produktionsrichtung ermöglicht. Der Umstand, daß ein jeder mit seinem Privateigentum machen kann was er will, muß logischerweise dazu führen, daß die kapitalistische Produktionsweise eine ziel- und planlose ist, wobei die Unternehmung immer den Kern der Sache darstellt. Da eine jede Unternehmung immer ein bestimmtes Risiko in sich schließt, muß der Grundcharakter der kapitalistischen Unternehmung ganz natürlich ein rein spekulativer sein.

Mit scharfen Späheraugen steht der Kapitalismus beständig auf der hohen Warte, um nach neuen Ausbeutungsmöglichkeiten Ausschau zu halten. Besonders in den Zeiten guter Geschäftskonjunktur können wir beobachten, wie in allen Industriezweigen ein Konkurrenzunternehmen neben dem anderen entsteht. Die Konkurrenz ist und bleibt in der kapitalistischen Produktionsweise ihr A und O. Die Konkurrenz selbst aber läßt sich weder in ab- noch in aufsteigendem Sinne künstlich erzeugen. Hier sind es die Naturgesetze, die entscheidend eingreifen, und den ganzen Verkehr bestimmen. Zum Beispiel ist der Ausfall der jeweiligen Baumwollenernte nicht ohne Einfluß auf die Konjunkturbestimmung in der Textilindustrie. Der Stand unserer Viehzucht ist für die Konjunktur in der Lederindustrie nicht ohne Bedeutung. Daß ferner die Konjunktur auf dem Lebensmittelmarkt von dem Stand unserer Ernteausichten entscheidend beeinflusst wird, ist allen hinreichend bekannt.

Wie wird sich der Bedarf für meine Produktion stellen? Was sind für Abnahmlichkeiten für meine Waren vorhanden und unter welchen Bedingungen erhalte ich meine Rohstoffe? Das sind alles Fragen, die ein jedes Unternehmen nicht nur interessieren, sondern den Lebensnerv für jedes Unternehmen darstellen. Große Bedarfsberechnungen werden angefertigt und daraus ergibt sich ohne weiteres der spekulative Charakter des kapitalistischen Unternehmens. Besonders das letzte Jahrhundert mit seiner außerordentlich reichen Industriedevelopment gibt uns ein anschauliches Bild von den Eigenschaften der kapitalistischen Produktionsweise. Die Erschließung aller Abgabgebiete mit einem reich verzweigten Eisenbahnnetz eröffnete dem Kapitalismus geradezu unbegrenzte Betätigungsmöglichkeiten. Durch den Bau der Eisenbahnen ist ein großer Prozentsatz von technischen Schwierigkeiten, die der Entfaltung des Kapitalismus noch hindernd im Wege standen, beseitigt. Aus rein technischen Gründen wäre es sehr wohl möglich, daß heute eine einzige Nagelfabrik die ganze Welt mit diesen Produkten versorgen könnte. Wenn dies nicht geschehen kann, so nicht aus technischen Gründen, sondern lediglich, weil der verhältnismäßig geringe Wert dieses Produktes die hohen Kosten des Transportes nicht tragen kann.

Die Konkurrenz wird auch heute noch, trotz der veränderten Marktlage, vom Kapitalismus im spekulativen Sinne ausgenutzt. Werfen wir nur einen Blick auf die Porzellanindustrie und wir finden, daß jetzt seit Beendigung des Krieges neue Porzellanfabriken wie Pilze aus der Erde geschossen sind. Den Kriegsgewinnlern bietet die Porzellanindustrie reichlich Gelegenheit, sich kapitalistisch zu betätigen. In der Elektrizitäts- und in der Textilindustrie ist es ebenso. Alle Industriezweige, die zu den notwendigen Bedarfsindustrien gehören, haben heute mit ungeahnten Konkurrenzunternehmen zu rechnen. Zweck der Übung ist, mit wenig Geld möglichst viel Geld zu verdienen.

Diese ziel- und planlose Produktion hat natürlich auch ihre Grenzen und kann nur so lange gehen, bis der Markt mit dieser Produktion überfüllt, oder die schlechte Verbrauchsfähigkeit der Konsumenten Störungen erzeugt, die zu den unausbleiblichen Krisen führen. Die Verbrauchsfähigkeit der Konsumenten hat scharf umrissene Grenzen und wird bestimmt durch Gehälter, Löhne, Rinsen und Renten, die das Einkommen des Konsumenten darstellen. Einem jeden Konsumenten ist die Menge seiner Verbrauchsanteile durch sein Einkommen bestimmt. Dem ganzen Verteilungsvorgang zwischen Produktion und Konsumtion liegt also das Einkommen des einzelnen zugrunde.

Gewiß hat jedes Unternehmen ein Interesse daran, die Abnahmlichkeiten seiner Produkte wenigstens unter dem Gesichtspunkt der Wahrscheinlichkeit kennen zu lernen. Ein gut redigierter Handels- teil in den Tageszeitungen läßt gewisse Schlussfolgerungen nach dieser Richtung auch zu. Das Erkennen vorhandener Tatsachen kommt aber leider auch hier in den meisten Fällen viel zu spät.

Das Streben nach Gewinn ist die Triebfeder, die das Kapital in Bewegung setzt. Dieses Streben, mit Geld mehr Geld zu verdienen, führt leider auch zur Ausbeute des Menschen durch den Menschen. Das ist die harte Seite des Kapitalismus, die uns zu seiner Bekämpfung Veranlassung gibt. Keinen Unternehmer wird es einfallen, nur deshalb ein Unternehmen zu betreiben, um Arbeiter zu beschäftigen und ihnen dadurch den Lebensunterhalt zu ermöglichen.

Der Kapitalismus ist und bleibt eine mobilisierte Wirtschaft in dem Sinne, daß sich alle Kräfte in ihm frei bewegen. Wir dürfen dabei den Kapitalismus niemals ohne Staat sehen, denn letzterer steht ja im Mittelpunkt all unserer organisatorischen Zusammenhänge. Der Staat ist es ja, der unseren Geldverkehr zu überwachen und für die notwendige Menge des Geldes zu sorgen hat. Auf der anderen Seite ist ja die Entwicklung des Kapitalismus erst durch den Geldverkehr möglich. Unser ganzes Wirtschaftsleben wird durch den Kreislauf des Geldes zusammengehalten, wobei das Geld den Direktor, das Kapital den General-

direktor darstellt. Ohne den Kreislauf des Geldes ist unser heutiges Wirtschaftsleben gar nicht mehr denkbar, er ist gleichbedeutend mit dem Blutlauf im Menschen. Wie in der Jugend die Zufuhr von Nahrung zur Weiterentwicklung des Körpers beiträgt, so trägt das Geld in seinen Kreislauf dort, wo es hängen bleibt und sich ansetzt, zur Entwicklung des Kapitalismus bei.

Unser Einkommen geht zur Befriedigung unserer Bedürfnisse über den Geldmarkt und kommt von dort zum Unternehmer als neue Kraft zurück. Ob wir dabei unser ganzes Einkommen restlos verbrauchen, oder in der Lage sind, einige Sparpfennige davon zurückzulegen, hat dabei weniger zu sagen. Auch das als Sparpfennig von uns zurückgelegte Geld findet seinen Weg wieder zum Unternehmer, weil die Sparkasse oder die Bank unsere Sparpfennige nicht etwa in einem Kasten legt und es dort so lange verwahrt, bis wir es wieder abholen, sondern die Sparkassen und Banken müssen unser Geld ja verzinsen. Diese Verzinsung ist aber nur möglich, wenn diese Kassen mit unserem Spargelde arbeiten, das heißt, diese Gelder in Bewegung bringt. Das Geld in Bewegung zu bringen, dazu sind wiederum nur die Produktivkräfte berufen. Der Kreislauf unseres Geldes würde ja solange eine leere Mühle bleiben, solange nicht Produkte in diese Mühle — unser Wirtschaftsleben — hineinkommen. Erst aus der Verbrauchung der Produkte entfaltet sich unser Wirtschaftsleben und ist dieses nur unter diesen Umständen denkbar. Um diese Produkte zu erzeugen, dazu brauchen wir Produktivkräfte, und um diese Produktivkräfte wiederum in Bewegung zu setzen, dazu brauchen wir das Geld.

Aus dieser Darstellung geht deutlich hervor, daß der Kreislauf des Geldes heute im Mittelpunkt des kapitalistischen Wirtschaftslebens steht. Ueberschüsse (Sparnisse), die sich bei diesem Kreislauf des Geldes ansetzen, bilden die Nahrung zur Weiterentwicklung des Wirtschaftslebens. Wenn wir uns nun in diesem Zusammenhang vorstellen, daß das heutige Staatensystem durch Ein- und Ausfuhr aufeinander angewiesen ist, dann wird uns auch verständlich, daß der Kapitalismus international sein muß. Der Kapitalismus kann vor den Grenzpfählen nicht halt machen. Dadurch verstehen wir auch, daß wir es beim Kapitalismus mit einer internationalen Erscheinung zu tun haben. Gaben wir die kapitalistische Produktionsweise als einen krankhaften Zustand erkannt, dann muß unser „Heilungsprozess“ logischerweise auch international ansetzen. Daß wir diesen Heilungsprozess in der Weise vornehmen wollen, indem wir an die Stelle der ziel- und planlosen Wirtschaft eine Planwirtschaft setzen, darüber sind wir uns alle einig! Aus der Geschichte wissen wir, daß sich die kapitalistische Produktionsweise erst in verhältnismäßig kurzer Zeit entwickelt hat. Daß diese Produktionsrichtung bestehen bleibt, magt kein Einseitiger zu behaupten. Durch welche Produktionsrichtung die heutige abgelöst wird, darüber gehen die Meinungen auseinander. Kein Zweifel kann aber darüber bestehen, daß wir der von uns propagierten Planwirtschaft einen sehr großen Dienst erweisen, wenn wir die Schäden des heutigen Systems recht scharf erkennen und daraus die Lehren ziehen. Der Heilungsprozess kann um so früher und gründlicher erfolgen, je mehr wir mit allen Zusammenhängen des jetzigen Systems vertraut sind. Als eines der Mittel und Wege, die Zusammenhänge der kapitalistischen Produktionsweise kennen zu lernen und in sie einzudringen, kann das Betriebsrätegesetz angesprochen werden. Die Einführung der Planwirtschaft setzt voraus, daß uns dabei auch die notwendigen Kräfte aus unseren Reihen zur Verfügung stehen. Diese Kräfte heranzubilden, kann nur unsere Aufgabe selbst sein.

## Zur Beitragsfrage.

Wie aus den Nummern 41, 42 und 43 des „Steinarbeiter“ ersichtlich, trägt sich der Zentralvorstand mit dem Gedanken, eine Beitragserhöhung auf dem schnellsten Wege einzuführen, und zwar mit Recht! Aber vor allen Dingen ist zu prüfen, ob es den organisierten Steinarbeitern auch möglich ist, sich eine Erhöhung der Beiträge zu leisten. Ich glaube, viele Kollegen hauptsächlich vom Lande werden im ersten Moment mit einem Nein! antworten; sie werden anführen: „Unsere mitleidige Lage, unser Einkommen, das sich während des Krieges und bis heute nicht mit der Lebensnotwendigkeit deckt, läßt es keinesfalls zu, um uns noch mehr zu belasten.“ Das ist schließlich nicht ganz zu bestreiten, soweit die ländlichen Orte in Frage kommen, aber dennoch ist diese Ansicht sehr anfänglich. Versehen wir uns in die Zeit, wo auf dem Verbandsstange in Würzburg die bis jetzt laufenden Sätze (Beitrag und Unterstützung) geschaffen wurden, so finden wir sicherlich, daß sich die Sache inzwischen gewaltig verschoben hat. Die Teuerungszulagen sind inzwischen mit Hilfe des Verbandes anscheinlich gestiegen, während die Beiträge die gleichen geblieben sind, und somit auch die Unterstützungssätze; leider zum Schaden der Kollegen! Vor allen Dingen denjenigen, die notgedrungen in einen Streik treten mußten. Jeder führende Kollege weiß nur zu gut, wie schwer es fällt, wenn er sich eine gewisse Reserve auflegen muß, und bei Unterhandlungen nicht mit der nötigen Energie auftreten kann, und dafür noch manchmal in den Versammlungen von den Kollegen als Bremser bezichtigt wird. Nur deshalb, weil er sich der Verantwortung bewußt ist, was heute ein Kampf für Anforderungen an die Kollegen stellt. Seine Handlungsweise, die zurückhält, ist gewiß gerechtfertigt, die jedoch manchen Kollegen, der oberflächlich urteilt, nicht einleuchten will. Es wäre noch hinzuzufügen, daß die Unternehmer zweifellos mit unseren Unterstützungssätzen vertraut sind, und sich auch ganz sicher danach zu richten wissen, unsere Ohnmacht kennen und die Verhandlungen dementsprechend auslaufen. Mancher denkender Kollege wird sich im geheimen schon gewundert haben, daß die Frage (Beitragserhöhung) nicht schon viel früher angeschnitten wurde. Nachdem schon viele andere Verbände in diesem Punkt Neuregelungen eingeführt haben. Da wird wieder mancher Kollege sagen, ja in diesen anderen Verbänden bestehen auch ganz andere Löhne; da will ich nur erwidern und fragen, ob wir ganz frei von Schulden sind?, daß die Gesamtlöhne der Steinarbeiter im Verhältnis zu anderen Berufsarbeitern zurückgeblieben sind! Ich glaube dagegen ein Teil Schuld darin zu finden, daß unsere Unterstützungssätze nicht mit der Zeit gelaufen sind und hauptsächlich in letzter Zeit ein Hemmschuh in unseren Bewegungen gewesen sind, so daß man erst in letzter Stunde zum Streik griff. Die Gründe, die von Seiten der Unternehmer angeführt werden, Steinmehlwaren müßten billiger verkauft werden, um Abnehmer zu finden, sind in das Reich der Fabel zu verweisen. Ich vertrete die Auffassung, daß Steinmehlwaren auch verkauft werden, wenn die Preise so gesetzt werden, daß man

uns unserem schweren Beruf entsprechende Löhne zahlen kann. Wenn aber nicht möglich, so wollen und müssen wir sie uns erkämpfen. Hierzu ist jedoch notwendig, daß wir unsere Beiträge so gestalten, daß auch die Unterhaltungsfrage den heutigen Geldverhältnissen angepaßt werden können. Ich will es unterlassen, Vorschläge zu machen, weil die dazu Berufenen bereits mit Vorschlägen hervorgetreten sind, die ich nur gutheißen kann. Ich möchte aber noch bitten, die heutigen politischen Verhältnisse im Auge zu behalten, denn ich bin überzeugt, daß statt des sehnlichst erwarteten Abbaues die Kurve sich immer noch nach aufwärts bewegt, und wenn wir uns selbst nicht unser eigenes Grab schaufeln wollen, dann geschlossen für Erhöhung der Beiträge stimmen müssen.

J. K. (Odenwald).

Zur Beitragserhöhung schreibt uns noch der Kollege P. Sara (Weimar). Er ist gegen eine solche, seine Begründung ist aber so „durchschlagend“, daß wir glauben, sie unseren Verbandsmitgliedern unterbreiten zu müssen, obgleich sein Schreiben erst kurz vor Blattschluß eingetroffen ist:

Zur Urabstimmung über Beitragserhöhung schreibt der Verbandsvorstand: „Wer nicht will, daß seine Organisation geschwächt wird und diese in Notfällen eine wirkliche Hilfe bieten kann, der wird sicher für den Vorschlag I seine Stimme abgeben!“ Seine Organisation zu stärken, wird jedem guten Gewerkschaftler am Herzen liegen. Werf ich mir aber die Frage auf: „Kann die Steinarbeiterorganisation mir im Notfall Hilfe leisten?“ so muß ich diese Frage verneinen!

Grund: Notfall ist auch, einen nicht den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Lohn zu bekommen. Den Lohn zu erreichen, muß gestreikt werden. Der Streik bietet geringen Erfolg. Streik auf der ganzen Linie bietet eher Erfolg, doch kann er auch nicht von langer Dauer sein, wenn er finanziell unterstützt werden soll, reicht das Vermögen nur 4 Tage. Streiken wir mit unseren Beiträgen um 100 Prozent, reicht das Vermögen 8 Tage, und führen wir einen Tagelohn als Beiträge ab, dann reicht das Vermögen 64 Tage. Denn wir müssen mit Streiks von solcher Dauer rechnen, da unsere Erzeugnisse nicht wirtschaftlich nötig, sondern Luxus sind. Wollen wir nun wirklich nicht so lange streiken, was uns wohl dann auch den Erfolg nicht brächte, so muß man aber auch mit Aussperrungen rechnen! Beweis: Metallarbeiteraussperrung in Thüringen.

Im Notfall wirkliche Hilfe bieten kann ich mir nur dann, wenn ich mir Organisationen schaffe, wo lebenswichtige Berufe drinnen vertreten sind (alle Hand- und Kopfarbeiter an einem Orte in einer Organisation, zentral zusammengefaßt im Reich) und das ganze wirtschaftliche Leben mit einem Schläge stillgelegt werden kann. Dann kann die finanzielle Unterstützung ganz wegfallen! Die Stoßkraft der Arbeiterkraft im Generalstreik bringt im ersten Tage vollen Erfolg. (Beweis: der Aufruf der SPD.-Regierung im Rapp-Wutsch), oder am zweiten Tag Bürgerkrieg und die Wackererzeugung durch das Proletariat! Wir verringern beim Daraufarbeiten zum vorhergehenden Vorschlag unseren kostspieligen Beamtenapparat, der, wie feststeht, einen großen Prozentsatz der Beiträge verbraucht. Laut letzter Abrechnung der Hauptkasse kostet unseren Verband die Verwaltung 250 000 Mark. Für Streiks wurden nur 22 000 Mark ausgegeben, für Unterstützungen an Kollegen 134 000 Mark, für Zeitungen 130 000 Mark. Um zu sparen, müßte schon längst (laut Beschluß des Verbandstages) die Verschmelzung mit den Bauarbeitern (lebenswichtigerer Beruf als unserer) vorgenommen werden. Auf Grund dieser Überzeugung muß ich gegen jede Beitragserhöhung stimmen.

Anmerkung der Redaktion: So schreibt und begründet auch nur Paul Sara; er hat eben seine besondere Auffassung, denn in seinem Kopfe malt sich die Welt nun einmal anders. Wir wollen ihm das durchaus nicht rauben; wissen aber, daß unsere Verbandsmitglieder, die sich ebenfalls mit Organisations- und Wirtschaftspragen beschäftigen, sich durch die vorstehende Darstellung von P. S. bei der Abstimmung nicht beeinflussen lassen. Seine Zahlenangaben bedürfen jedoch unbedingt der Korrektur, denn es ist sicherlich nicht Unwissenheit, sondern eine andere Eigenschaft, die sie in dieser Aufmachung präsentiert. Er wirft Beamtenapparat und Verwaltung mit berechnender Absicht in einen Topf und sagt dann: 250 000 Mark Kosten! Diese Summe hat er jedenfalls errechnet, man kann auch sagen zusammengestopelt aus allen möglichen Ausgabenpositionen. Der Beamtenapparat, das heißt die persönliche Verwaltung erforderte 58 042,55 Mark. (Siehe Abrechnung in Nr. 40.) Allerdings auch eine ansehnliche Summe, aber von der des Kollegen P. Sara weit entfernt. Die Unterstützungsummen teilt er einfach auf, damit sie in seine Aufmachung hineinpassen und läßt die Summe für Rechtschutz einfach verschwinden. Also in der ersten Summe sucht er alles mögliche unterzubringen, sogar die Kosten für Streikbänder-Steinarbeiterverband, damit sie größer

erscheint und wirkt in Verbindung mit — Beamtenapparat, und die andere Summe zerrt er auseinander, damit sie recht klein erscheint in Verbindung mit — Unterstützungen. Weiter darauf eingegangen, lohnt sich nicht, wir haben nur zeigen wollen, wie es gemacht wird. Im politischen Leben kennzeichnet man diese harzige Beweismethode mit dem Wort „Demagogie“. Nehulich verhält es sich mit der Anführung der Ausgaben für Zeitungen. Auf die sonstigen Ablehnungsgründe eingegangen lohnt sich nicht!

## Zur Beitragserhöhung und Urabstimmung.

Die Notwendigkeit einer Erhöhung der Beiträge und Unterstützungsätze wird wohl von dem weitaus größten Teil der Verbandsmitglieder anerkannt. Jedoch wie sich oft viele unserer Kollegen in kleinen Dingen groß zeigen, so scheut sich auch hier ein Teil vor einer durchgreifenden Reform des Beitrags- und Unterstützungswesens, wie Zeitschriften aus einigen Bezirken beweisen. Eine 100%ige Erhöhung der Beiträge ist ihnen zu viel, man glaubt mit 50% auch auskommen zu können. Sie übersehen aber dabei, daß sie sich durch diese Sparsamkeit an verkehrter Stelle selbst schädigen. Die Differenz der Beiträge zwischen Vorschlag I und II ist in der

6. Klasse	50 Pf.
5. "	75 "
4. "	1.- M.
3. "	1,25 "
2. "	1,50 "
1. "	1,75 "

Was bedeuten in ruhigen Zeiten in dem Wochenbudget diese paar Pfennige Mehrausgabe für den Verbandbeitrag? Gar nichts! Für 50 Pf. bekommt man kaum eine Zigarre, für 1,75 M. kaum ein Glas Bier. Also eine Zigarre nicht geraucht oder ein Glas Bier pro Woche nicht getrunken, gleicht die Mehrausgabe vom Vorschlag II zu Vorschlag I schon aus.

Wie hoch ist aber die Differenz zwischen beiden Vorschlägen in der wöchentlichen Streikunterstützung? Antwort:

In Klasse 6 von 7,50 M. bis 12.- M.	
" " 5 " 12.- " " 18.- "	
" " 4 " 15.- " " 24.- "	
" " 3 " 21.- " " 30.- "	
" " 2 " 27.- " " 36.- "	
" " 1 " 27.- " " 42.- "	

Bei einem Streik, wo alle anderen Einnahmen ausbleiben, ist es sicher ein sehr großer und fühlbarer Unterschied, wenn ich statt 36.- M. 48.- M. oder statt 126.- M. 168.- M. erhalte, wofür ich im ersten Falle nur 50 Pf., im letzteren nur 1,75 M. pro Woche mehr zu zahlen brauche. Bei einem Streik von drei Wochen Dauer ist diese Mehrausgabe auf das Jahr berechnet schon mehr wie ausgeglichen, ganz abgesehen von der Erhöhung der anderen Unterstützungsarten.

Also wie schon angeführt, merkt man, in Arbeit stehend eine Mehrausgabe von 50 Pf. bis 1,75 M. kaum, aber um so mehr kommt im Falle eines Streiks, wo wohl in den meisten Fällen andere Einnahmen nicht zu verzeichnen sind, eine höhere Unterstützung sehr zu statten! Schon aus dem Grunde müssen die Kollegen für Vorschlag I stimmen. Aber noch aus einem anderen Grunde. War es schon bisher ein ungesunder Zustand, von niedrig entlohnerten Kollegen zu verlangen, ihren Beitrag gemäß des Stundenlohnes zu entrichten, während die Kollegen in den Städten kaum einen halben Stundenlohn als Beitrag leisteten, weil kein höherer als 3,50 M. gefordert werden konnte, so würde dieses Mißverhältnis weiter bestehen, wenn der Vorschlag II zur Annahme gelangt! Die niedrig Entlohnerten können nach beiden Vorschlägen zu Beiträgen herangezogen werden, die ihrem Stundenlohn entsprechen, während von Kollegen mit 8.- M., 9.- M., 10.- M. Stundenlohn und mehr nach Vorschlag I nur 7.- M., nach Vorschlag II gar nur 5,25 M. als Wochenbeitrag gefordert werden könnten; also wiederum unten ein voller — oben ein halber Stundenlohn als Verbandsbeitrag! Kollegen! Für die Hauptkasse ist es gleich, welcher Vorschlag zur Annahme gelangt, weil die Unterstützungsätze sich nach den Beiträgen richten. Aber tragt den Verhältnissen Rechnung so gut es geht. Sichert Euch eine höhere Unterstützung.

Stimmt Mann für Mann für Vorschlag II! L. Gft.

## Zum Löbauer Streit.

Am 17. Oktober brach im Löbauer Granitschleiferbezirk ein Hilfsarbeiterstreik aus, weil sich die Unternehmer weigerten, den Hilfsarbeitern die am 1. Oktober fällige Feuererhöhung zuzulassen. Die Unternehmer geben an, außerstande zu sein, die am 31. August unter dem Druck einer Straßendemonstration zugestanden Grundlöhne zahlen zu können, obgleich einige von ihnen, darunter der damalige Verhandlungsleiter, während und nach den Verhandlungen erklärt hatten, daß die Zugeständnisse nicht erzwungen, sondern freiwillig gemacht worden seien.

Die Folge des Hilfsarbeiterstreikes war die Kündigung der Schleifer und Steinmehrer durch die Unternehmer für den Fall, daß die Hilfsarbeiter die Arbeit nicht wieder aufnehmen, was die gekündigten Kollegen des Löbauer Oberlandes veranlaßte, den Ablauf der Kündigungsfrist nicht erst abzuwarten, sondern sofort in den Streit zu treten.

Verhandlungen, die am 22. Oktober unter Vorsitz des Löbauer Amtshauptmannes im Beisein des Kollegen Windler stattfanden, verliefen ergebnislos, weil die Unternehmer weder bezüglich des Hilfsarbeiterlohnes noch bezüglich anderer Differenzen auch nur das geringste Zugeständnis machten. Ungerechelt sind in diesem Bezirk noch die Ortszuschläge und die in diese umzurechnenden bisherigen tariflichen Sonderabmachungen.

Im Vorliegenden sind die äußeren Umstände geschildert, die zum Streit geführt haben. Die eigentliche Ursache liegt jedoch in dem niedrigen Verdienst der Facharbeiter (Steinmehrer und Schleifer); von einigen Ausnahmen abgesehen, reicht dieser nicht einmal an den Lohn der Hilfsarbeiter heran. Anstatt nun den Arbeitern den tariflichen Stundenlohn zu garantieren (der Reichslohntarif sieht allerdings nur eine 80prozentige Garantierung vor) oder, wie von unserer Verhandlungskommission vorgeschlagen wurde, solche Arbeiten in Stundenlohn ausführen zu lassen, bei denen im Accord nicht der Stundenlohn zu verdienen ist, kürzen die Unternehmer einfach den Hilfsarbeiterlohn (durch Verweigerung der Feuererhöhung), um auf diese Weise eine „gerechtere“ Spannung zwischen Fach- und Hilfsarbeiterlöhnen zu erzielen. — Daß sich unsere Kollegen ohne vorhergehende Verhandlungen eine solche Regelung nicht ruhig gefallen lassen, ist nur zu erklärlich. Die Verantwortung für diesen leicht zu vermeidenden gewesenen Kampf fällt daher auf die Unternehmer. Unsere Kollegen können wir nur empfehlen, sich besser entlohnerten Berufen zuzuwenden, falls sich ihnen Gelegenheit hierzu bietet. Gegen die von den Unternehmern zur Beschränkung der Freizügigkeit getroffenen Maßnahmen steht den Kollegen der Rechtsschutz des Verbandes zur Seite.

## Aus den Zahlstellen.

Gummersbach. Das Oberbergische Grauwadengebiet steht seit dem 13. Oktober mit etwa 1800 Steinarbeitern im Streik. Davon entfallen 1200 auf den Zentralverband und 600 auf die christliche Organisation. Die Steinarbeiter standen vor dem Kriege hier an erster Stelle mit ihren Löhnen. Während des Krieges blieben sie gegen andere Berufe zurück, und ließ sich, trotz der Bewegungen, die mit Ausbruch der Revolution einsetzten, nicht wieder einholen. Durch steigende Feuererhöhung wurde die Spannung größer. Seit März d. J. stattfindende Lohnverhandlungen, sowie Verhandlungen an Schlichtungsausschüssen und den später neugebildeten Tarifämtern, haben uns keine Befriedigung gebracht, sondern sind wegen der überaus minimalen Zugeständnisse abgelehnt worden. Die Unterschiede zwischen den uns verwandten Berufen sind so groß, daß die Löhne über mehrere Mark pro Stunde zurückstehen. Nach der Arbeitsniederlegung haben Verhandlungen stattgefunden, die zu keinem Ergebnis geführt haben. Ein großer Teil der Arbeiter ist bereits untergebracht in anderen Arbeitsstellen und werden noch weiter untergebracht werden. Wenn eine Verständigung kommen soll, müssen die Arbeitgeber noch ganz bedeutende Zugeständnisse machen.

Kalberslautern. Am 16. Oktober fand im Lokal zur Post eine Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende Kollege Probst erstattete Bericht über den Lohnstand. Er führt u. a. aus, daß die Arbeitgeber jetzt alles versuchen, um die tariflichen Abmachungen zu umgehen. Das letzte Schreiben, das der Kreisverband an die hiesigen Arbeitgeber versandte mit dem Inhalt, daß für die Steinmehrer der Steinarbeiter gegenüber die Lohnhöhe im Baugewerbe nicht mehr maßgebend sei, geißelte der Vorsitzende scharf. Er ermahnt die Kollegen, hauptsächlich jene, die beim Kreisverbandsvorsitzenden Rödel arbeiten, am derzeitigen Stundenlohn, der 8,85 M. für Steinmehrer und 8,75 M. für Steinbrecher beträgt, unbedingt festzuhalten. In der Distussion wurde im allgemeinen betont, daß das Verhalten einzelner Arbeitgeber den Abschluß eines Tarifes erfordert und das lange Warten auf einen Bescheid aufzugeben sei. Der Vorsitzende stellte einiges richtig und betonte auch, daß alles geschehen sei, was man tun konnte in dieser Richtung, von der Gauleitung, sowohl als auch von der Lokalführung.

## Aufruf an alle zur Bekämpfung der Tuberkulose!

Kollegen und Kolleginnen! Neben den Millionen Toten im Felde hat der Krieg Millionen Krüppel, Sieche, Kranke, Blinde und Invalide hinterlassen. Insbesondere die Tuberkulose ist in Deutschland infolge der Unterernährung und der Erschöpfung ungeheuer fortgeschritten. Zwar versuchen die bürgerlichen Organisationen des roten Kreuzes und des Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose mit allen Mitteln der Wohltätigkeit, diesem Vormarschreiten der Tuberkulose Einhalt zu gebieten. Doch all ihr Bemühen ist vergebens, muß vergebens sein. So treten denn jetzt an die Proletarier selbst — die Tuberkulose war ja von jeher die typische Proletarierkrankheit — eine ganze Reihe von Fragen heran:

„Wie stellen sich die Kranken, wie stellen sich die zur Zeit Gesunden zur Frage der Tuberkulosebekämpfung? Ist die Bekämpfung dieser Krankheit nur Aufgabe der Ärzteschaft? Kann die Bekämpfung der Tuberkulose, wenn man ernstlich von einer Bekämpfung reden will, Sache der Wohltätigkeit sein? Wollen und dürfen wir als Kranke der Bekämpfung unserer eigenen Krankheit als müßige Zuschauer gegenüberstehen? Ist es nicht die Pflicht der Selbsterhaltung, daß wir vor allen Dingen aktiv Anteil an der Tuberkulose-Bekämpfung nehmen?“

Diese Fragen aufzuwerfen, heißt sie beantworten, und zwar mit einem energischen Ja! beantwortet. Die Kunst des Arztes, alle Hingabe des Pflegers muß versagen, wenn der Kranke selbst ihm nicht als Kampfgenosse treu zur Seite steht, wenn in dem Kranken selbst nicht der unerschütterliche Wille zu seiner Gesundung vorhanden ist. Wer es ernst nimmt mit der Bekämpfung der Tuberkulose, muß aber nicht nur an sich denken, sondern auch an seine Mitmenschen. Kollegen, Ihr, die Ihr Väter seid, Kolleginnen, Ihr, die Ihr Mütter seid, denkt an die Zukunft Eurer Kinder! Im September 1920 haben sich die Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten zu einem Verband der Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten Deutschlands zusammengeschlossen, und zwar als Kampforganisation zur Bekämpfung der Tuberkulose. Damit haben die Kranken den Willen kundgetan, nicht nur wie bisher Objekt der Tuberkulose-Bekämpfung zu sein, sondern subjektiv in den Kampf eingreifen zu wollen. Ein Teil der Ärzteschaft steht dieser Willenskundgebung zu Unrecht mit Mißtrauen und abweisend gegenüber. Das Selbstverständliche und nur höchst Begrenztes sollte nach Auffassung der Kranken von allen Seiten unterstützt und gefördert werden. Aber dem ist leider nicht so. Man will und kann es von mancher Seite nicht verstehen, daß die Kranken Mitbestimmungsrecht in Wegen und Mitteln, die zu ihrer Gesundheit führen sollen, verlangen. Wir haben ein Recht zur Gesundung. Wir verlangen vom Staate, daß er uns all die Mittel zur Verfügung stellt, die zu unserer Gesundung notwendig sind. Nicht durch Wohltätigkeit soll und kann uns geholfen werden. Wir verlangen, daß bei einer Erkrankung und bei einer Heilstättenbehandlung die Familie gesicherte Ernährung hat. Jetzt ist es so: mit dem Antritt einer Heilstättenkur beginnt

der Antritt einer Hungerkur der zurückbleibenden Familie. Was der Vater in der Heilstätte eventuell zuzunimmt, nehmen Frau und Kinder zu Hause ab. Ist das Tuberkulosebekämpfung? Wir verlangen ein Recht auf Heilstättenbehandlung. Wir verlangen gesetzliche Regelung der Wohnungsfürsorge für Tuberkulose. Wir verlangen staatliche Gründungen bestimmter Industrien für unsere Lungenkranke, Arbeitszeit nach Krankheitszustand. Es muß immer die Gesundungsmöglichkeit im Auge behalten werden unter ärztlicher Aufsicht. Wir verlangen Mitbestimmungsrecht an staatlichen und kommunalen Lungenfürsorgen, Ausdehnung dieser auf Arbeitsnachweis für erwerbsbeschränkte Lungen- und Tuberkulose-Erkrankte. Sicherstellung einer ausreichenden Ernährung für Lungen- und Tuberkulose-Erkrankte. Das verlangen wir außer vielem anderen als Kranke! Aber auch die noch Gesunden müssen uns unterstützen. Wer will von sich behaupten, nicht krank zu sein? Haben die Gesunden nicht alles Interesse daran, daß die Kranken gefunden und somit als Gesunde weniger durch Ansteckung gefährdet sind? Die Hilfsbereitschaft kommt leider immer erst, wenn der Betreffende selbst erkrankt ist. Leider treten uns bei unseren Verbänden viel Gleichgültigkeit und Mißverständnis entgegen.

Wenn die Gesunden und auch die Kranken, welche sich schämen, lungenkrank zu sein, die verheerenden Wirkungen dieser Seuche in nächster Nähe sehen würden, dann würden denselben wohl ernstlich klar werden, daß hier alle mitbestimmen müssen, um die Menschheit von dieser furchtbaren Krankheit zu befreien. In unserem Verband sind überall Arbeitskommissionen tätig, welche unsere kranken Brüder und Schwestern in den Krankenhäusern, Heil- und Heilmitteln usw. besuchen, und durch diese unsere Vermittlung sind nach Rücksprache mit den jeweiligen Verwaltungen irgendwelche Mißstände abgestellt worden. Diese Arbeit verrichten Schwerkranke. Wenn die Gesunden spazieren gehen, um sich zu erholen, gehen die Kranken zu den Kranken, um ihnen zu helfen. Doch auch den Gesunden bleibt zur Unterstützung unseres Kampfes, der doch auch für ihre Zukunft gilt, eine vornehme, menschliche Beteiligung vorbehalten. Unsere Beiträge sind äußerst gering. Bei uns gibt es keine Angestellten. Alle Arbeit ist ehrenamtlich. Wir arbeiten also alle, soweit es unsere Krankheit erlaubt. Wir brauchen sehr viel Agitationsmaterial. Wir wollen und müssen aber auch ein Mitteilungsblatt für unsere Mitglieder haben. Dann machen sich mitunter Verhandlungen mit Behörden notwendig, was Inkosten ergibt. Diese können wir als Kranke nicht aufbringen. Darum appellieren wir an die Gesunden, recht viel Gebrauch von unseren Kampfpennendenarten gegen die Tuberkulose zu machen. Denkt immer, alles was Ihr uns in unserem Kampf, der uns mitunter recht schwer wird, hilft, das heißt Ihr Euch und Euren Kindern.

Arbeiterräte, Betriebsräte, helft uns! Kollegen und Kolleginnen, nehmt unsere Worte so ernst, wie sie gemeint sind! Lungen- und Tuberkulose-Erkrankte, erachtet! Macht Ernst mit der Bekämpfung unserer Krankheit! Werdet Mitglieder! Unterstützt uns, helft aktiv mit! Stark sein heißt einzig sein! Nur ein Wille muß uns befehlen, muß uns zusammenführen — der unerschütterliche Wille zur Gesundung! Patienten der Heilstätten,

treten sofort mit uns in Verbindung! Es bestehen in verschiedenen Städten Deutschlands keine Vereinigungen Lungenkranker, auch diese müssen sich sofort mit uns in Verbindung setzen zwecks Verschmelzung. Wir müssen eine Einheitsfront bilden. Am 1. August ist der Zusammenschluß des Bundes der Lungenkranken, Sitz Hamburg, mit dem Verband der Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten Deutschlands erfolgt. Hamburg bildet nunmehr mit seinen 1100 Mitgliedern die Verbandsortgruppe Hamburg. Alle Mitteilungen und Anfragen sind zu richten an Paul Gennig, Vorsitzender des Verbandes der Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten Deutschlands, Sitz Berlin NW 87, Wickestr. 36.

## Rache.

Es gab Zeiten, in denen die Rache im Völkerverleben eine große Rolle spielte, aber diese Zeit der Rache bedeutet eine niedrige Stufe der menschlichen Kultur. Je höher die geistig-sittliche Entwicklung der Menschheit ist, um so mehr schwindet in ihr die Rache. Darum folgt ohne weiteres, daß uns die Zukunft einmal eine Zeit bringen wird, die keine Rache kennt.

Ein Proletarier, der Zukunftskämpfer und Zukunftskämpfer sein will, darf darum keine Rache üben. Das klingt weltfremd und pharisäerhaft. Zu stark leben doch immer wieder in den proletarischen Herzen die Gefühle, wenn sie Unrecht selbst erleben oder bei anderen fühlen müssen. Und doch, woher wurde alles, was ist? Wurde es nicht aus den Verhältnissen heraus? Sind nicht auch die, denen unsere Rache gilt, Produkte des Lebens? Dürfen wir als Proletarier da den persönlich verdammen, den das Leben in seiner Höhe und Niedertucht emporgetragen hat?

Im tiefsten Kern ist das Rachegefühl ein echt sittliches Erleben, ein starkes Drängen nach Gerechtigkeit und Edeltum. Doch müssen wir uns frei machen von persönlicher Vergeltung. Das Bürgertum, das den Menschen nicht als Lebengeborenen anerkennt, mag sich mit seiner Rache abfinden, wie es will. Das Proletariat spürt am eigenen Leibe immer wieder, wie es vom Leben hin und her geworfen wird, es fühlt selber immer wieder, wie das Leben draußen die Seele da drinnen schädigt und zerrt. Da kann es nicht anders, als den lodernen Drang nach Gerechtigkeit zu wenden gegen das Leben, gegen die Verhältnisse, gegen das wirtschaftliche Dasein. Es ist unproletarisch, immer wieder in diesen oder jenen Augenblicken am Altererben zu hängen und Gewohnheitstrieben nachzugehen. Proletarisch ist allein: proletarisch zu fühlen und proletarisch zu handeln. Darum müssen wir uns erziehen, das ganze Dasein vom Standpunkte der proletarischen Weltanschauung zu betrachten. Und diese proletarische Weltanschauung verlangt, das Leben immer wieder als den Quell von allem zu erkennen, immer und immer wieder sein ganzes Denken und Wollen und Sehnen hineinzuwerfen in die Tiefe dieses Werdens und dieses Lebendige da unten zu gestalten, daß es einmal ein Born allein der Reinheit werde und des Edeltums. Gewesen ist dann die Zeit der Rache, und aus dem ewigen Quell des Lebens wird dann nichts anderes als Liebē sprudeln.

was auch von den Kollegen anerkannt wurde. Den Kassenbericht erstattete Kollege Meß. Daraus ist zu entnehmen, daß immer noch einige fäulnisreiche Beiträge da sind. Zwei wurden wegen rückständiger Beiträge und unkollegialen Verhaltens gestrichen. Es sind dies Heintz Groß und Christ Bendel. Beide sind den Bauarbeitern zu empfehlen. — Die zu errichtende Krankenzusicherung rief eine lebhafteste Diskussion hervor, die damit endete, daß eine Kommission von vier Kollegen gewählt wurde, die die Vorarbeiten bzw. Statuten entwerfen soll. Dem Hilfswerk Oppau wurden 300 M. überwiesen. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde das Ueberstundenarbeiten scharf kritisiert. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, in unserem Beruf solche zu verweigern. Die Sperre über Pfalz-Granitwerke (Osbrieden) ist aufgehoben. Die Firma erkennt die Lohnsätze an.

**Kembach.** Die am 16. Oktober im Hof zu Kembach versammelten Steinarbeiter des Bezirks Wertheim-Kembach besprachen nach einem Bericht des Kollegen R. Seiden Spinner über die Lohnverhandlungen in Wittenberg die Lage im Gebiet. Den Schlichtungsvorschlägen ist anheim zu stellen, so schnell wie möglich eine Sitzung einzuberufen, um die Entscheidung in der Lohnfrage zu treffen. Bei der Firma Winterheld in Dietenhahn befinden sich die Kollegen seit Freitag im Streik. Es wurde beschlossen, den Streik bis zur Festsetzung des Härtezuschlages fortzuführen. Die Gleichstellung mit den Kollegen des unteren Maintales muß erreicht werden. Die Verammlung beschloß sich auch mit der Frage der Arbeitsverflechtung nach Betrieben, die im Stundenlohn arbeiten. Diese Kollegen sind durch die Bezirksleitung zu veranlassen, nur nach Tarif zu arbeiten. Nur dann kann der Tarif als Grundlage bei Submissionen dienen, wenn auch danach gearbeitet wird. Nur weil die Kollegen billiger im Stundenlohn arbeiten, wird die Einführung des Tarifes verzögert.

**Lauterbach.** Am 12. Oktober tagte im Saale Schneider eine Versammlung der Zahlstelle mit der Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen vor dem Tarifamt am 11. Oktober 1921 in Neustadt a. S. und Stellungnahme dazu. Beim Eintritt in die Tagesordnung gedachte der 1. Vorsitzende des Kollegen Franz Blaut II, welcher bei dem Unglück in Oppau sein Leben lassen mußte, worauf sich die Versammlung von ihren Sitzen erhob. Der Kollege Dreyer erstattete hierauf den Bericht. Es sollten erhalten auf die Löhne des Standes vom 10. März 1921 (also unter Abzug unserer letzten Lohnerhöhung von 5 Proz. und 8 Proz.) die Hilfsarbeiter 1.30 M. Teuerungszulage pro Stunde, die Affordarbeiten 0.85 M. und die jugendlichen Arbeiter 0.70 M. und weil gerade unter jugendlichen Kollegen bei der letzten Lohnaufbesserung leer ausgingen, sollen sie jetzt mit der horrenden Summe von 70 Pf. pro Stunde Teuerungszulage bedacht werden. Nach ziemlich lebhafter Diskussion wurde das Angebot abgelehnt und zu einer neuen Entscheidung das Haupttarifamt in Berlin angerufen. — Dem Kollegen Johann Horn ist bei dem Unglück in Oppau sein Verbandsbuch Nr. 41 147 abhanden gekommen.

**Siegen.** Am Sonntag, dem 9. Oktober, tagte eine Konferenz der Schalter- und Pfaltersteinarbeiter Oberhessens im Gewerkschaftsraum Siegen. Die Präzisionsliste ergab 19 Kollegen; diese vertraten 16 Zahlstellen mit 35 Betrieben und insgesamt 1002 Kollegen. Nicht vertreten waren die Zahlstellen Vondorf und Weilmünster. Zur Tagesordnung stand: 1. Tarifabschluss. 2. Schlichtungsordnung. 3. Beitragserhöhung. — Zum Vorsitzenden wurde Kollege Dieß-Anspach gewählt. Kollege Menges berichtet über die letzten Lohnverhandlungen. Die Hauptprobleme bei diesen waren, daß die Gauleitung mit keinem bestimmten sicheren Zahlenmaterial arbeiten konnte. Was von den Unternehmern über die Höhe der Affordlöhne vorgebracht wurde, konnte nicht widerlegt werden. Dieses Uebel zu beseitigen, ist jetzt Aufgabe aller Kollegen. Es werden jetzt von der Gauleitung monatlich für jeden Betrieb Statistikkarten ausgegeben; an die Betriebsräte resp. Obleute ergeht die Aufforderung, diese Bogen wahrheitsgetreu und pünktlich auszufüllen und an Kollegen Menges zurückzugeben. Die Diskussion ergab Befriedigung über die letzte Lohnverhöhung. Seitens einiger Zahlstellen wird berichtet, daß die Unternehmer versuchen, die Prozente für Ueberstunden nicht zu bezahlen. Zum 2. Punkt erläuterte Kollege Menges eingehend den Gang der Schlichtungsordnung. Die Debatte ist reichlich. In den Berufs-Schlichtungsausschüssen werden gewählt die Kollegen Göbel und Faust, als deren Stellvertreter die Kollegen Schaar und Selbmann. Zum Bezirks-Tarifamt die Kollegen Menges und Göbel, als Ersatzleute die Kollegen Schaar und Selbmann. Zum 3. Punkt wird festgestellt, daß verschiedene Zahlstellen ihre Beitragserhöhung schon erhöht haben. Die übrigen Kollegen versprechen, dafür zu sorgen, daß in ihren Zahlstellen die Beiträge genau nach dem Statut geleistet werden. Damit war die Konferenz am Ende. War sie auch kurz, so gingen doch die Kollegen befriedigt nach Hause. Sie hat gewirkt zum Wohle des gesamten Steinarbeiter-Verbandes.

**Leipzig.** Am 11. Oktober fand unsere aufgefuchte Mitgliederversammlung statt. Im ersten Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer Bericht vom 3. Quartal. Einer Einnahme von 17 659.90 Mark stand eine Ausgabe von 7410.70 Mark gegenüber, wonach ein Bestand von 10 249.20 Mark verblieb. Auf Antrag wurde der Kassierer einstimmig entlastet. Ueber die seitgefundene Sitzung der Arbeitslohnkommission, welche zu unseren Gunsten ausgefallen ist, gab der Kollege Timpel einen ausführlichen Bericht. Verzeihung Erhöhung der Kartellbeiträge wurde beschlossen, diesen Antrag für die nächste Versammlung zurückzustellen. In Punkt 3 Lohnbewegung wurde nach längerer Diskussion beschlossen, dahin zu wirken, daß unsere Forderung von 1.25 M. pro Stunde ab 15. Oktober 1921 schleunigst bewilligt werden muß. Die plötzlich aufgetretene Teuerung duldet keinen weiteren Zeitauflauf. In der am 15. Oktober einberufenen außerordentlichen Mitgliederversammlung gab der Vorsitzende bekannt, daß seine diesbezüglichen Verhandlungen mit dem Obermeister den Erfolg hatten, daß dieser für Bewilligung unserer Forderung in Dresden eintreten will. Darauf wurde beschlossen, den Ausgang der am 20. Oktober stattfindenden Lohnverhandlung abzuwarten.

Am 21. Oktober erstattete der Gauleiter Mühle in der einberufenen außerordentlichen Versammlung Bericht über die Lohnverhandlung in Dresden. Die Unternehmer bewilligten ab 21. Oktober 9.20 M., ab 1. November 10.20 M. und ab 18. November 10.70 M. pro Stunde. Gegen 8 Stimmen wurde dieses Angebot angenommen. In der Lohnbewegung der Marmorarbeiter wurde angeregt, sofort eine Gruppenversammlung einzuberufen, in der vor allen Dingen die Regelung der Arbeitszeit in den Vordergrund der Verhandlung gestellt werden soll.

## Wirtschaftliche und soziale Wochenschau.

Die Vorgänge an der Börse und an den Warenmärkten während der letzten Woche haben aller Welt mit erschreckender Deutlichkeit den ungeheuren Einfluß der Spekulation auf unser gesamtes wirtschaftliches Leben vor Augen geführt. Die Dollarspekulation insbesondere, die an der Börse tonangebend ist, beeinflusst nicht nur die Getreide-, Baumwoll- und Kupferpreise, sie bestimmt indirekt den Preis jeder Milch, Kaffee, Tee, kurz aller wichtigen Waren, in denen der Bedarf ganz oder teilweise durch Käufe im Auslande gedeckt werden muß. Der einzelne Arbeiter in seiner Eigenschaft als Konsument muß sich von der Dollarspekulation die Preise der wichtigsten Lebensbedürfnisse diktieren lassen. Die Kaufkraft seines Arbeitslohnes kann von Tag zum Tag um ein Drittel und noch mehr herabgesetzt werden, je nachdem, wie die „Stimmung“ an der Börse ist. Bei der durch die ungünstige Entscheidung der oberhessischen Frage entstandenen Verwirrung am Berliner Devisenmarkt hat die Spekulation in herbortragender Weise ihr Schloß geschlagen. Sie trieb den Dollarkurs innerhalb weniger Tage von etwa 120 auf 195 M. in die Höhe, schürzte dadurch den Großhandel und die Industrie ein, die bei dem hohen Kurse noch schnell alle erreichbaren Devisen aufkauften, um ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Auslande nachzukommen. Dann, als die berufsmäßige Spekulation ihre Gewinne in Sicherheit gebracht hatte, setzte der Dollarkurs um rund 40 M. Wer hat den Gewinn, wer trägt den Schaden? Verdient hat an der ganzen Sache nur die Spekulation, die Kosten trägt die breite Schicht der Konsumenten, denn die Großfirmen des Warenhandels und der Industrie werden unbedingt Mittel und Wege finden, um die Preise ihrer Waren nur auf

einem Niveau zu halten, bei dem für sie auch aus den überstürzten Devisenkäufen zu höchsten Kurzen keine wesentlichen Verluste mehr entstehen. So stellt sich das, was in der letzten Woche am Devisenmarkt vorging, dar als ein außerordentlich geschickter Raubzug der Spekulation auf Kosten der breiten Volksschichten. Hieraus kann und muß die nützliche Lehre gezogen werden, daß die jegliche Anarchie am Markt der ausländischen Zahlungsmittel keinesfalls weiterbestehen darf. Von dieser Seite ist der deutschen Wirtschaft schon wiederholt der schwerste Schaden zugefügt worden.

Als Resultat der Zerstückelung des oberhessischen Industriebeziers verbleibt eine beträchtliche Verminderung der wirtschaftlichen Werte Deutschlands und im Zusammenhang damit eine weitere Geldentwertung, die ihren Ausdruck ungefähr in einem Dollarstande von 160 M. findet. Damit ist eine entsprechende Verteuerung aller wichtigen Lebensbedürfnisse und die Notwendigkeit neuer Lohnerhöhungen gegeben. Diese neueste Entwicklung ist in den bisherigen Lohnforderungen der Arbeitnehmer noch gar nicht zum Ausdruck gekommen. Diese gründen sich vielmehr größtenteils auf die statistischen Ermittlungen der Lebensmittelpreise im Monat August, und nur in seltenen Fällen konnte das Septemberegebnis berücksichtigt werden. Wenn erst die Berechnungen der Kosten des Nahrungsmittelverbrauches für die Monate Oktober und November vorliegen, wird man erkennen, welchen scharfen Druck die neueste Entwertung der Mark auf die Lebenshaltung der breiten Volksschichten ausgeübt hat.

## Die Beteiligung an der Urabstimmung vom 30. Oktober bis 6. November 1921 über die notwendige Beitragserhöhung darf von keiner Zahlstelle, von keinem Kollegen und keiner Kollegin versäumt werden!

Die Gewerkschaften sind für ihre Mitglieder Hort und Stütze im wirtschaftlichen Existenzkampf; ihr Einfluß, ihre Kampfkraft und Stützkraft wird garantiert durch die Überzeugung der Mitglieder und hauptsächlich gestützt, gestärkt und gefördert von dem finanziellen Stand der Organisation.

Eines bedingt das andere, keines vertritt eine Schwächung! Deshalb, Verbandsmitglieder, ob im Bruch oder Werkstatt, im entlegenen Gebirgswinkel, auf dem Lande oder in einer Stadt tätig, gebt der Organisation was sie dringend bedarf. Gebt es ihr, nicht nur um die Existenzmöglichkeit der Lohnempfänger in der Steinindustrie zu sichern, sondern um darüber hinaus die Lebensfragen der Mitglieder erledigen zu können!

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland sind verworren. Kämpfe um den Anteil am Produktionsertrag sind unausbleiblich und immer nötig. Ein fortwährender Ringkampf mit allen Widerständen, um in der verzerrten Wirtschaftslage den Kopf oben und die Beine fest auf der Erde gestemmt zu behalten, ist der Vorläufer noch größerer Wirtschaftskämpfe. Dazu gehört Geld und abermals Geld!

Die einzige Einnahme der Gewerkschaften sind die Beiträge des einzelnen, sie bedeuten die solidarische Haftung des einzelnen für die Gesamtheit, daran soll und darf keiner knausern. Als Maßstab gilt der Stundenlohn!

Der Entschluß, für welchen Beitrag nun der einzelne sich zu entscheiden hat, kann bei der Urabstimmung kein langes Besinnen, kein Zaudern hervorrufen. Die Beiträge nach dem „Vorschlag I“ in Nr. 43 des Steinarbeiters treffen das augenblicklich notwendige (7, 6, 5, 4, 3, 2 Mark). Dieser Einsicht darf kein Kollege und Kollegin sich verschließen.

Das Resultat der Urabstimmung muß also für den „Vorschlag I“ lauten, es ist zugleich ein Prüfstein auf die Überzeugungstreue und auf den Kampfwillen der im Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands vereinigten Arbeiter.

Jeder beteilige sich an der Abstimmung und sei zur Stelle, wenn die Ortsverwaltung in Mitglieder- oder Betriebsversammlungen dazu aufruft! Einzelzahler senden ihren Entscheid zu den unterbreiteten Vorschlägen unter Angabe der Buchnummer und Namen per Karte an den Vorstand.

## Du!

„Glaube nicht, daß Du nicht seiest mitgezählt; Die Weltzahl ist nicht voll, wenn Deine Ziffer fehlt, Die große Rechnung ist zwar ohne Dich gemacht. Allein Du selber bist in Rechnung mit gebracht. Ja, mitgerechnet ist auf Dich in aller Weise; Dein kleiner Ring greift ein in jene größeren Kreise.“

Wie findet sich das Großkapital mit den Valutajchwankungen ab? Hierfür einige charakteristische Beispiele. Die durch den Verlust wichtiger oberhessischer Bezirke entstandene Einengung der deutschen Kohlen- und Erzbasis läßt natürlich den Wert aller Montanbetriebe in Deutschland entsprechend höher steigen, zumal durch die Entwertung der Mark die Zufuhr von Roh- und Brennstoffen aus dem Auslande immer schwieriger wird. Unter diesen Umständen gewinnen auch Unternehmungen an Wert, deren Ertrag bisher, teils infolge etwas altmodischer Geschäftsführung, teils auch wegen der scharfen Konkurrenz fortgeschrittener in- und ausländischer Betriebe, verhältnismäßig gering war. So hat sich neuerdings eine bekannte Finanzgruppe bei dem größten, seit mehreren Jahrhunderten bestehenden Kupferbergwerk Deutschlands der Mansfeldischen Kupferhüttenbauenden Gesellschaft maßgebenden Einfluß gesichert, um dieses Unternehmen, zu dem auch Kali-, Braunkohlen- und Steinkohlenbergwerke sowie Verfeinerungsbetriebe gehören, in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln, und dabei eine technische Modernisierung vorzunehmen. Obwohl bisher noch nichts Positives hinsichtlich der betriebswirtschaftlichen Modernisierung geleistet worden ist, stieg doch der Kurs der Aktie (Anteile) der Mansfeldischen Gesellschaft innerhalb weniger Wochen von 6000 auf 18 000 Mark je Stück. Wenn man bedenkt, daß das Grundkapital des Unternehmens von alterher eingeteilt ist in 69 120 Anteile, so ergibt sich, daß das gesamte Vermögen im September noch mit 414,7 Millionen Mark, Mitte Oktober aber bereits mit 1244,1 Millionen Mark bewertet wurde. Den Besitzern der Aktie ist also durch die Kurssteigerung an der Börse ohne ihr Zutun ein Vermögenszuwachs von 829 Millionen Mark in den Schoß gefallen. Da es sich um einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Besitzern handelt, wird man verstehen, daß diese Leute dem Entwertungszug der Mark verhältnismäßig gleichgültig gegenüberstehen und eigentlich nur die eine Sorge haben, daß sich die Mark eines Tages durchgreifend erholen könnte. Denn das würde flauere Börsentage und geringere Gewinne bedeuten. Man darf gespannt sein, wie die beteiligten Finanzkonzerne bei der Umwandlung der Mansfeldischen Kupferhüttenbauenden Gesellschaft in eine Aktiengesellschaft verschiedene Steuerflüssen, als da sind: Wertzuwachssteuer, Vermögenssteuer, Vermögenszuwachssteuer, Körperschaftsteuer usw., umschiffen werden. Das hier erwähnte Beispiel ist kein Einzelfall. Die Aktien der C. Hedmann A.-G., in Duisburg, die sich ebenfalls hauptsächlich mit Kupfer-Verhüttung und -Verarbeitung befaßt, waren Anfang September an der Berliner Börse noch zum Kurse von 1140 Prozent erhältlich. Sie erreichten in der vergangenen Woche einen Stand von 2010 Prozent und sprangen an einem einzigen Börsentage um weitere 990 Prozent auf 3000 Prozent. D. h. die glücklichen Aktienbesitzer verdienten an einem Tage rund 10 000 Mark pro Stück. Den Anlaß zu dieser scharfen Kurssteigerung gaben Gerüchte über eine bevorstehende Kapitalerhöhung und Ausgabe von Gratisaktien. Die Verwaltung beicte sich, diese Gerüchte zu dementieren, daraufhin ermächtigte sich der Kurs nur um 200 Prozent; denn an der Börse weiß man, daß Dementis wenig besagen und man behauptet, daß bei der genannten Gesellschaft ein Umwandlung von Genossenschaften, die seinerzeit den Aktionären zuzugewandt wurden, in Aktien bevorstehe, und daß auf das so erweiterte Aktienkapital wiederum

Gratisaktien gegeben werden sollen. Diese Vorgänge, die heute keine Ausnahmen mehr darstellen, verdienen die ernste Beachtung aller Kreise. An der Börse wird gegenwärtig das deutsche Nationalvermögen verschleudert, in den Nachtlokalen der Großstädte, in den mondänen Kurorten und Spielhöhlen wird das verjubelt, was wir den künftigen Generationen so gern erhalten möchten: die wirtschaftliche Kraft Deutschlands.

## Rundschau.

**Gralsbüter.** Die Wochenzeitung „Der kommunistische Gewerkschafter“ hat sich seit Beginn seines Daseins die Rolle eines Hüters angeeignet, die ihm durchaus nicht ansteht, auch die Mehrzahl der deutschen Arbeitererschaft erkennt diese Selbstbeurteilung zur Güterrolle nicht an, und wenn diese Zeitung sich noch so frampfhast an diese Rolle klammert! Ihren besonderen Zorn hat erregt, daß in Nr. 41 unseres Blattes dem verstorbenen Steinindustriellen Hans Vetter einige, seine Tätigkeit würdigende Worte gewidmet wurden. — Ein Kollege ist nun den Gralsbütern noch zu Hilfe gekommen, die nach einigen allgemeinen und unbedauerlichen Sätzen von „Arbeitsgemeinschaften“, „Lobhudelei dem Unternehmertum gegenüber“ usw. dem betreffenden Kollegen das Wort geben. Man merkt bei dessen Ausführungen, daß er gar nicht im Wilde ist, nur den allerdings fraglichen Vorzug besitzt, alles durch das kommunistische Verzerrungs-Vergrößerungsglas zu betrachten; denn er schreibt in seiner Darstellung gegen uns:

„... Wir wissen nun nicht, wie die Redaktion des „Steinarbeiters“ die kulturfördernde Fähigkeit der Arbeiterorganisationen auffaßt. Ist es vielleicht so gemeint, daß die abgedackerten Steinarbeiter bei niedrigen Löhnen Herrn Vetter so viel Mehrwert einbrachten, daß es dieser Herr bis zum Kommerzienrat brachte?“

Wenn die Redaktion meint, die Arbeiterpresse dazu benutzen zu können, um einem Mann, der alles andere als Menschenfreund war, einem Ausbeuter schlimmster Sorte einen warmen Nachruf zu widmen, um am Schluß des Artikels zu versprechen, ein ehrendes Andenken zu bewahren, so muß man sich als gewöhnlicher Prolet an den Kopf fassen und fragen: Ist der Redakteur unseres Verbandsorgans Angestellter unserer Organisation oder ein Vertreter der Unternehmerorganisation? Es ist bezeichnend für die Ideologie der Gewerkschaftsbureaucratie, daß den eigenen langjährigen Kollegen, die, hingerafft von der Proletarierkrankheit, keine besonderen Nachrufe gewidmet werden.

Ich frage jeden Kollegen und arbeitenden Genossen: Wie sitzen die Zertrümmerer und Spalter der Gewerkschaften? Sind es nicht gerade jene Leute, welche die eigenen Kollegen, besonders die Kommunisten, mit Schmutz bewerfen, dem Unternehmertum aber warme Nachrufe widmen mit „ehrenden Andenken“?

Der Kollege und mit ihm „Der kommunistische Gewerkschafter“ mögen sich beruhigen, wir wissen schon was wir wollen, wissen auch was wir sind und was wir nicht sind. Die Ideologie der Gewerkschaftsbureaucratie“ schenken wir beiden, denn das heißt soviel, wie im Sinne des Unfruchtbarsten schwärmen. Wir huldigen vielmehr dem „Deokratismus“, das heißt, alles nach Vernunftbegriffen ordnen. Und die Vernunft sagt uns, ebenso die Lebenserfahrung wie die Erfahrung in der Arbeiterbewegung, daß ein Unternehmer, auch wenn er Kommerzienrat, wie der verstorbene Hans Vetter geworden ist, nicht mit jedem anderen zbeliebigen Unternehmer auf eine Stufe gestellt werden braucht; zumal unbefristeten Vettters Berufstätigkeit und -tüchtigkeit in der Steinindustrie, ebenso sein sonstiges Verhalten Eigenschaften gezeitigt haben, die auch dem Arbeiter Achtung abtrotzen. Dies auszusprechen, lassen wir uns von niemand verwehren. Der kritisierte Nachruf hat auch mit „Zertrümmerer und Spalter der Gewerkschaften“ nichts zu tun, doch das in diesem Zusammenhang näher darzulegen, können wir uns wohl ersparen, das paßt gewiß schon ein andermal, wenn die Gralsbüter und ihre Helfer ihren behüteten Schatz wiederum in Gefahr sehen und ins Nachwächterhorn tuten.

**Aus unserem Beruf und Industrie.** Schwarzer Marmor im Frankenwalde? Nachstehende Notiz läuft durch die bayerische Tagespresse; ihre Richtigkeit können wir nicht prüfen: „Weitere Funde schwarzer Marmorvorkommen im Frankenwalde und die Förderung der Abraumarbeiten der am Döbraer Berg unweit von Naila gelegenen Marmorbrüche versprechen von außerordentlicher Bedeutung für die deutsche Marmorindustrie zu werden. Bekanntlich ist Belgien in seinen schwarzen Marmororten konkurrenzlos. Der Döbraer Marmor nimmt Hochglanz an und zeichnet sich durch tief-schwarze Grundfärbung aus, die zuweilen von weißen Adern durchzogen wird. Dadurch wird dieser Marmor zu einem prächtigen Material für Inneneinrichtungen, für Möbelarbeiten sowie für kunstgewerbliche Gegenstände.“

Sachlieferungen der Steinindustrie für Reparationszwecke. (Straßen- und Begebau.) Wie bereits in voriger Nummer mitgeteilt werden konnte, hat die Pfaltersteinindustrie für sämtliche Hartsteinmaterialien eine Lieferungs- bzw. Verkaufsorganisation bereits gegründet. Dazu war Voraussetzung, daß zwischen der Reichsregierung und Frankreich feste Vereinbarungen über Steinlieferungen schon abgeschlossen sind, an deren Zustandekommen die Steinindustriellen sicher auch mitgewirkt haben. In der Unternehmerratspresse wird dazu geschrieben: „Für den Verkauf in den zerrissenen Gebieten wurde unter der Firma Montania Hartstein Akt.-Ges., Saarbrücken und Neustadt a. S. eine Verkaufsgesellschaft gebildet, welcher als Gruppenaktionäre zunächst folgende Firmen angehören: Pfalz-Saarbrücker Hartstein-Industrie Akt.-Ges. in Neustadt a. S., Rheinische Vaskal-Industrie, G. m. b. H., in Neustadt a. S., Staatsbruch Nammebach in Nammebach, Odenwälder Hartstein-Industrie Akt.-Ges. in Darmstadt, Gebrüder Leferenz in Heidelberg, Bayerische Granit-Akt.-Ges. in Regensburg, Henry Leclair in Metz, Gebrüder Thiele in Ottenhöfen und Randern, Mitteldeutsche Hartstein-Industrie, Akt.-Ges. in Frankfurt a. M., Wölfer & Nicolai Granitwerke in Breslau, Verwaltung der Steflener städtischen und Ströbeler Granitbrüche R. Schall in Breslau, Granitwerke C. Kulmzig in Striegau, Granitwerke C. F. Lehmann in Striegau, C. G. Runath, Granitwerke in Dresden, Vaskal-Akt.-Ges. in Linz a. Rh., Käßeler Vaskal-Industrie, Akt.-Ges. in Kassel, Eisfelder Steinwerke, Akt.-Ges. in Eisfeld (Sieg), Passauer Granitwerke Robert Vorhofen in Passau, Vaskalwerke Zimmendingen und Gobenstöffeln, G. m. b. H., in Zimmendingen, Bahrischer Stein-Industrieverband e. V. in München, Verband der Steinbruchbesitzer in Leipzig, Friedrich Bachmann in Leipzig, Südwestdeutsche Hartstein-Industrie in Oßlach. Zum alleinigen Vorstand wurde Generaldirektor August Deidesheimer in Neustadt a. S. bestellt.“

**Gewerkschaftliches.** Die Urabstimmung über den Zusammenschluß der Verbände der Bäcker und Konditoren, Brauerei- und Mühlenarbeiter, Fleischer und Verursogenossen hat am 9. Oktober folgendes Ergebnis gezeitigt: Es stimmten für den Zusammenschluß im Verbande der Bäcker und Konditoren 16 138, im Brauerei- und Mühlenarbeiterverband 16 421, im Fleischerverband 9156, insgesamt 41 715 Mitglieder. Gegen den Zusammenschluß stimmten 5349 bzw. 21 155 bzw. 552, insgesamt 27 056. Da jedoch im Verbands der Brauerei- und Mühlenarbeiter von den Abstimmenden die Mehrheit gegen den Zusammenschluß votierte, so ist die Verschmelzung dieser drei Verbände gescheitert. Die Wahlbeteiligung war sehr schwach; von den vorhandenen 173 000 Mitgliedern haben nur 69 017 von dem Recht der Abstimmung Gebrauch gemacht. Am besten war die Beteiligung im Brauerei- und Mühlenarbeiterverband mit mehr als 50 Prozent, im Fleischerverband betrug sie 41,3 Prozent, weit zurück mit 29,62 Prozent blieb aber der Bäcker- und Konditorenverband. Es hat sich nicht bewahrheitet, was von den Verschmelzungsfreunden fortwährend behauptet wurde, daß die Massen für mich den Zusammenschluß fordern. Die Urabstimmung hat im Gegesatz bewiesen, daß besonders in den Großstädten eine große Interesslosigkeit zu dieser Frage besteht.

Die Betriebsratzeitzung Nr. 17 (Oktobernummer) bringt einen interessanten Aufsatz über die Mittenstadt Glas- hütte; deren Stadtbewaltung hatte eine städtische Kriegs- industriezentrale geschaffen, die in die Friedenswirtschaft über- nommen worden ist und ein Institut zur Förderung des technis- wirtschaflichen Fortschritts darstellt, das die besondere Aufmerk- samkeit aller Arbeitnehmer in Anspruch nehmen sollte. Ferner enthält die Oktoberausgabe genannete Zeitung verschiedene Bei- träge zur Erforschung des Problems einer Plan-Wirtschafts- führung. Von allen Seiten her muß gründlich geprüft werden, wie die Umstellung unserer Wirtschaft zu höherer Produktivität praktisch möglich gemacht werden kann. Allgemeine Präsen und spekulative Konstruktionen machen es nicht. Das ein bürokratisches System nicht die besten Kräfte zu höchsten Leistungen auszulösen vermag, hat Somjatrufand überzeugend bewiesen. Besondere Beachtung verdient der Beitrag: „Ist die Arbeiterfiedlung noch möglich?“ Hier wird ein zehnerseitiger Entwurf vorgelegt, der ein ganz billiges Giedlerhaus zeigt und anregend wirken soll. Reicher Inhalt wird wiederum geboten. Das Postabonnemnt kostet nur 3 Mark viertel- jährlich.

Der deutsche Bauarbeiterverband hat bei der Katastrophe in Oppau 295 Tote, 659 Verletzte und 88 Vermißte zu beklagen. Von den letzteren werden wahrscheinlich viele nicht aufzufinden sein, denn es muß angenommen werden, daß die furchtbare Explosion sie in Atome zertrümmert hat. Allein 13 Bau- formen waren an den dortigen Bauarbeiten beteiligt. Wäre das Unglück eine halbe Stunde später eingetreten, also nach dem voll- zogenen Schichtwechsel, Tausende wären dann ums Leben gekom- men. Der Bauarbeiterverband hat sofort nach Bekanntwerden des Unglücks 500 000 Mark aus der Hauptkasse zur Verfügung ge- stellt für die Verunglückten und Hinterbliebenen.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband beruft zum 5. Dezember nach dem Leipziger Volkshause einen Reichskongress für die Betriebsräte der Metallindustrie. Wirt- schaftsfragen und -aufgaben, sowie Bildung der Betriebsräte sollen behandelt werden; als Referenten sind vorgesehen: Dr. Otto Bauer (Wien), Dr. A. Hilferding, Otto Hue, Dr. E. Stein, Robert Dühmann und Engelbert Graf. 530 Delegierte sind zu wählen, wahlberechtigt und wählbar sind nur aktive tätige Betriebsräte. Dem Kongress kommt sicherlich eine Bedeutung zu, die über den beruflichen Rahmen hinausgeht.

Die Deutsche Arbeitgeberzeitung erzählt in jeder Nummer, daß dem deutschen Arbeiter nur vorgerebet werde, wie schlecht er sich im Vergleich zum ausländischen Arbeiter stehe, und sagt dann weiter, daß die Kosten der Lebenshaltung des aus- ländischen Arbeiters dabei wohlweislich verschwiegen werden. Zum Beweise führt sie einige Angaben ins Feld aus dem Hamburger Bureau einer amerikanischen Schiffsgesellschaft über Löhne und Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiter. Danach verdient dieser 5 bis 6 Dollar täglich, das macht bei einem Kurse von 190 M. 950 bis 1140 M. täglich. Es kostet ihm aber ein Pfund Fleisch 60 Cent gleich 114 M., eine Zigarre 15 Cent gleich 28,50 M., eine Straßenbahnfahrt 10 Cent gleich 19 M., eine Zeitung 5 Cent gleich 9,50 M., ein Angus 75 Dollar gleich 14 250 M., ein Paar Stiefel 12 Dollar gleich 228 M., ein Glas Schnaps 2 Dollar gleich 380 M., ein Theaterplatz 3 Dollar gleich 570 M. Mit diesen Angaben wird jedoch nicht das bewiesen, was die „Arbeitgeber- zeitung“ beabsichtigt, sondern das Gegenteil; denn die Gegen- überstellung des Wochenlohnes des amerikanischen Arbeiters mit den Preisen der vorstehend angeführten Artikel zeigt schlagend, wie der deutsche Arbeiter seine Lebenshaltung hat zurückschrauben müssen. So kann der amerikanische Arbeiter sich für zwei Wochen- löhne einen Angus kaufen, der deutsche erst für drei oder gar vier. Für ein Drittel des Wochenlohnes kann der amerikanische Arbeiter sich ein Paar Stiefel kaufen, der bestentlohnte deutsche erst für die Hälfte, gehört er jedoch zu den mittel, nicht zu den schlecht entlohnten, muß er einen ganzen Wochenlohn dafür opfern usw. Dann ist auch der angeführte Lohn des amerika- nischen Arbeiters wohl recht gering angegeben, nach unserer Kenntnis verdienen unsere Berufscollegen in Nordamerika — die nicht zu den best entlohnten zählen — pro Stunde einen Dollar und dar- über, dadurch verzieht sich der Beweis der Arbeitgeberzeitung noch mehr ins Gegenteil. Dem deutschen Arbeiter braucht seine traurige Lebenslage ganz gewiß nicht eingeredet werden, wer das behauptet, dem fehlt der Wille zur Einsicht und die beste Kur wäre, wenn der Redakteur der „Arbeitgeberzeitung“ für längere Zeit mit seinem Etat dem eines Arbeiters gleichgestellt würde, ohne natürlich dabei aus anderen gefüllten Vorratskammern zu zehren (Speisekammer, Wäschekasten, Kleiderkasten, Spartasse). Wir glauben, verfidern zu können, daß er nach Verlauf weniger Wochen die Augen böse herausdrehen würde nach einem höheren Einkommen, ohne daß es ihm erst eingeredet zu werden brauchte. Kulinarische Vergessen aber auch ebenso schnell wieder!

Wirtschaftliche Notizen. Deutschlands Außenhandel im Juni und Juli 1921, von dem das Statistische Reichsamt im Reichsanzeiger die vorläufigen Ergebnisse veröffentlicht, zeigt insgesamt nach wie vor eine passive Handelsbilanz. Im Juni wurden Waren eingeführt im Werte von 6 409 588 000 Mark, im Juli von 7 580 114 000 Mark; ausgeführt dagegen im Juni im Werte von 5 432 756 000 Mark, im Juli von 6 208 395 000 Mark. Die Handelsbilanz wird außerordentlich im passiven Sinne beeinflusst durch die große Mehrzufuhr von Nahrungs- und Genussmitteln, mineralische und fossile Rohstoffe, Mineralöle, hier betrug allein die Mehrzufuhr im Vergleich zur Ausfuhr 5 834 483 000 Mark. Fast alle anderen Industrieerzeugnisse weisen eine Mehrausfuhr an Wert auf, als eingeführt wurde. Nennlich wie es in der Steinindustrie zu verzeichnen ist. So wurden in beiden oben genannten Monaten Steinwaren eingeführt im Werte von 4 885 000 Mark, jedoch ausgeführt Steinwaren im Werte von 82 124 000 Mark.

Soziales. Beruf und Tuberkulose. Daß der Beruf in enger Verbindung mit der jetzt sehr verbreiteten Tuberkulose steht, ist bekannt. Ein wesentlicher Faktor ist nun nach den Feststellungen der Wissenschaft im Berufe der Staub. Man hat gefunden, daß die Tuberkulosegefahr für den Proletarier um so größer ist, je mehr seine Arbeit mit Staub verbunden ist. Es kommen nach Th. Sommerfeld auf 1000 Lebende mit Staubarbeit 6, dagegen auf 1000 Lebende ohne Staubarbeit 3 Todesfälle. Wie so der Staub schon im allgemeinen gefährlich ist, so besonders für die Tuberkulose oder über- fulos Veranlagten. Es ergaben sich nämlich von 1000 Verstorbenen durch Tuberkulose mit Staub 480, aber ohne Staub nur 380. In Württemberg ist weiter festgestellt worden, wie die Zeitschrift für Tuberkulose berichtet, daß in einem Dorfe, in dem Steinhauer wohnen, 48 Prozent an Lungentuberkulose starben, während der Prozentsatz der Sterbefälle an Tuberkulose in einem Nachbardorfe, das Landwirtschaftlich betreibt, nur 12 betrug. Damit wird die Erfahrung wieder bestätigt, die Stratmann und Moritz seimezeit in Solingen bei den Schleifern festgestellt haben, daß nämlich die Tuberkulosesterblichkeit bei den Schleifern 73 Prozent betrug, während sie im übrigen bei der gleichen männlichen Bevölkerung Solingens nur 35 Prozent betrug.

Proletarische Bildungsarbeit. Immer noch ist die alte Ansicht festgewurzelt, daß der Mensch im kindlichen Alter am leichtesten Wissensstoff in sich aufnehme. Es ist aber erwiesen, daß nicht die Zeit zwischen dem 6. und 15. Lebensjahre die günstigste Zeit für die Aufnahme des Wissens ist, sondern das Alter von 16 bis 25 Jahren. Es ist die Pflicht jedes Proletariers, diese Lebensjahre auszunutzen und sich durch eigenes Studium das anzueignen, was ihm die Schule, das Leben, die wirtschaftlichen Lebensverhältnisse vorenthalten.

Lacht Sonne hinein! Bekanntlich tötet das direkte Sonnenlicht die Bakterien. Wie erwiesen, ist diese Wirkung aber nicht vorhanden, wenn das Licht seinen Weg durch die Fenstercheiben nehmen muß. Dann wird die Wirkung zum größten Teil aufgehoben. Darum öffnet die Fenster daheim und in der Werkstatt, wenn es nur eben geht und laßt die Sonne herein!

Proletarische Ehefrauen. Man hat in Bayern drei Gruppen von Frauenberufen gefunden, die eine höhere Sterblichkeit als den dreifachen Durchschnitt aufweisen. Das sind die Tagelöhnerinnen, die Mägde und die — Ehefrauen! Also jede Proletarin, die heiratet, verkürzt damit ihr Leben um mehrere Jahre und jeder Proletarier, der eine Proletarin zur Frau nimmt, bringt damit

die Gesundheit seiner Frau in Gefahr. Die proletarische Hausfrauen- arbeit ist damit eine der schwersten und gefährlichsten Arbeiten, die Frauen überhaupt verrichten. Einmal leistet die Frau durch die Mutter- schaft der Gesellschaft Arbeit, dann durch die Tätigkeit für die Familie vom frühen Morgen bis zum späten Abend und dann arbeiten so viele Proletarierfrauen noch außerhalb des Hauses, weil die wirtschaftlichen Lebensverhältnisse sie dazu zwingen. Die proletarische Ehefrau kennt auch heute noch keinen Achtstundentag! Das ist darum einer der wich- tigsten Gründe für die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Sicherstellung des Arbeiters, daß die proletarische Ehefrau nicht mehr wie heute unter dem Leben zu leiden hat, daß sie ihrer Familie möglichst lange in Ge- sundheit erhalten bleibt.

Proletariergeist. Durch Sammlungen und Wohltätigkeits- veranstaltungen konnte die Stadt Hagen im Laufe des vergangenen Jahres drei eigene Kinderheime errichten. Jetzt soll ein großer Erwei- terungsbau ausgeführt werden und um diesen Erweiterungsbau zu finanzieren, wollen die Arbeiter und Angestellten aller Betriebe den Lohn einer Arbeitsstunde besteuern.

Reich und arm. Wenn man die in den einzelnen Alters- stufen Verstorbenen nach ihrer sozialen Lage gruppiert, dann spricht diese Statistik eine furchtbare Sprache. Dann findet man nämlich, daß zum Beispiel die Zahl der Kinder, die im 1. Lebensjahre an Krank- heiten der Atmungsorgane gestorben sind, bei den Ärmern 15mal so groß ist als bei den Reichern! Ebenso ist die Zahl der Kinder, die im Lebensalter von 1 bis 5 Jahren an Märgern und Keuchhusten gestorben sind, bei den Ärmern 15mal so groß als bei den Reichern! Das sind Zahlen, die eine solche Sprache reden, daß jeder Kommentar über- flüssig ist.

### Quittung

über eingegangene Gelder vom 8. bis 21. Oktober 1921.

- Berbersdorf 663.80, Dortmund 1553.70, Duisburg 388.40, Einbe- 799.40, Freyburg a. U. 1068.10, Heidingsfeld 415.70, Hoffeld 1505.—, Moosbach 521.50, Tiefenfeld 327.40, Zittau 502.50, Ruhland, Inf. 30.—, Dursburg, Inf. 15.—, Häslich (B. u. Sp. B.) 300.—, Eilenburg 17.50, Weisshagen 2163.10, Weichselburg 1353.40, Süplingen 1884.20, Reichenberg 1034.90, Roth a. S. 686.—, Rindganz 811.80, Regensburg 462.50, Bantzen 68.—, Oberdachtsteden 232.90, Neustift 1084.60, Nieder- lunda 1754.15, Kiefernfelden 1337.—, Kreuznach 327.50, Karlsruhe 5218.40, Gehees 479.50, Geier 461.50, Fürsteneck 2019.60, Eidenbühl 457.10, Raffel 1767.20, Köln 968.10, Meifßen I 1577.20, Braunsbüchel 702.40, Bunzlau 1148.50, Bütow 371.—, Bedheim 772.10, Bischofs- heim 518.90, Carlshafen 1871.20, Deffau 479.70, Darmstadt 1237.90, Geising 407.90, Häslich 3858.05, Rindich 1139.20, Kirchengamig 3368.85, Lutter 1049.30, Landsberg 109.02, Lippe 1046.70, Nürnberg 2243.05, Nordheim 492.80, Oberdorf 883.—, Osnabrück 1037.—, Oders- bach 698.40, Oberhagen 1023.10, Pantzen 686.20, Quersborn 729.60, Randersader 2018.20, Rachtshausen 254.50, Saalburg 280.30, Schwarz- bach 2323.15, Schupbach 1901.10, Steinwiesen 604.30, Willmar 852.40, Weßhofen 466.70, Greupen 21.—, Dobrilug 30.—, Köthen 14.—, Sieben 20.—, Pödelbach 25.—, Kriekht 66.—, Herford, Inf. 10.—, Frankfurt a. M., Inf. 14.—, Oldenburg 3.—, Weideringen 138.95, Weidersberg 500.30, Weipensels 643.40, Strödel 1493.80, Striegau 21 375.35, Schadek 245.50, Schweisweiler 395.35, Schreiber- hau 400.60, Sproßhöfel 542.—, Springe 445.25, Ruppach 453.60, Pfaffenhefen 806.40, Pforzheim 1899.20, Oberaula 1219.10, Oldenburg 682.—, Niederramstadt 1346.75, Neustadt i. Odw. 450.80, Neustadt a. S. 352.40, Naumburg 434.50, Maroldsweisitz 2121.90, Landsberg a. W. 341.50, Lübeck 843.—, Lahr 530.80, Kaschab 440.—, Kaiserslautern 1991.40, Hammelbach 501.80, Heßelshausen 1771.30, Hof 607.50, Weilna 3533.20, Gollnow 150.90, Gahma 363.—, Gleisdamberg 678.78, Flonheim 259.80, Erdbach 1048.70, Eigershausen 3487.70, Emsfetten 17.20, Ehringsdorf 763.60, Delftern 1463.50, Dübelsheim 1196.70, Trentendorf 1081.50, Koburg 559.40, Baumholder 200.—, Bernburg 2157.30, Breitenborn 1362.55, Bernau 1006.20, Blombacherbach 1622.30, Brudmühl 463.60, Altdiez 1291.80, Alsenz 1429.—, Alt-Wartgau 903.60, Amorbach 87.10, Altengronau 675.30, Blaubeurg 1333.10, Bez- hahn 1648.20, Dillingen 791.30, Ebersbach i. S. 1861.60, Eubendorf 1771.30, Ebergens 999.30, Friedenhausen 788.50, Görlich 1024.30, Gold- berg 1239.80, Rürnberg 487.30, Kirchberg 5097.40, Rühberg 236.70, Landsberg 10.—, Rühbach 1386.20, Ruhmannsfelden 1099.50, Rauens- berg 353.50, Sulzfeld 644.55, Selbig 525.80, Schlei 257.90, Tiefen- feld 102.40, Weismar 589.60, Wolgast 222.80, Wülfshagen 872.80, Zin- hain 5264.10, Berlin, Ab. 20.—, Halle, Inf. 10.—, Weilmünster 509.50, Wölfersbüt 2283.90, Wulfshausen 757.90, Treuen 1653.70, Seußen 1432.35, Süplingen 465.—, Rühle 824.—, Rößbach 1312.40, Prentzau 547.80, Niederbrewig 466.50, Lauterbach i. Hessen 2355.85, Rattenord- heim 1880.80, Kiel 1617.50, Königslutter 650.—, Hemerau 1326.60, Höhenburg 834.20, Harbigen 335.—, Halberode 8352.30, Höpplingen 138.10, Grünfeld 1887.20, Freudenstein 1154.50, Eibelsfeld 200.—, Dehau 440.40, Dassenheim 971.60, Albersweiler 1720.—, Lun- kirchen 995.—, Dippoldiswalde 26.—, Arnswalde 30.—, Zeven, Inf. 24.—, Nonnenbach 14.—, Erfurt, Inf. 36.—, Mannheim, Inf. 8.—, Kokenrother, Ley 20.—, Flensburg 70.—, Aue 1748.50, Alt-Wartgau 410.—, Altenhain 2451.10, Bülow 148.80, Bischofgrün 652.20, Reil- hain 1171.—, Fürstentz 702.85, Hodenan 1224.71, Hochweg 1101.15, Ramenz 3382.10, Rauban 2676.95, Miltterberg 506.40, Mellenbach 1137.50, Dissenbach 318.60, Reiffenhausen 786.10, Rattenberg 336.—, Rinderbüngen 425.70, Schwerin 428.80, Stade 564.—, Uderath 939.60, Wiesbaden 338.70, Weihenstadt 3313.10, Weimar 225.50, Ulm 1371.10, Teuschnitz 65.—, Strehlen 19 300.70, Köhrnbach 1011.70, Kößdorf 778.90, Ober-Weidderheim 1063.10, Obermendig 2000.—, Oßterfurt 955.80, Neuforg 832.60, Niederlamig 2243.60, Mendenbach 2874.30, Mainz 952.40, Lüntelbeck 2787.—, Kirn i. W. 2425.40, Jödenbüren 699.30, Junswinkel 441.80, Homberg 1111.70, Hemsbach 18 633.70, Harbheim 1095.40, Hausenberg 4801.50, Frankfurt a. D. 623.20, Dram- burg 412.60, Weucha 2300.—, Altendorf 1407.80, Blotho, Inf. 7.50, Reidenau 70.—, Saulgau 13.50, Bödingen 12.—, Neumied 20.—, Her- ford, Inf. 30.—, Seer, Inf. 10.—, Dresden, Inf. 15.—, Altenhagen, Inf. 36.—, Bremen 638.—, Burgschwalbach 1286.40, Droßig 350.—, Gudensberg 4088.50, Häslich 2778.30, Herrenheide 1841.70, Königshain 1152.15, Kaiserhammer 1693.—, Metten 237.30, Mümmshagen 396.50, Bobenhagen 2861.50, Ober-Bessingen 284.50, Reiffenhausen 467.60, Röllfeld 455.50, Rothenbach 712.30, Spedtsbrunn 546.—, Schrißh:im 1149.80, Laucha 837.90, Wenig-Radwig 928.60, Wulsdorf 539.60, Cunewalde 1680.40, Altenhain 436.—, Altengronau 43.60, Eisenau 379.50, Elberfeld 316.40, Eßen 602.40, Enpel 2186.50, Eidengefäß 19.80, Göttingen 794.20, Gohmannsdorf 630.20, Hahnenfurt 1284.20, Osterwald 286.—, Dösch 826.20, Oberheim 975.60, Oberriedenberg 775.30, Rothenburg o. T. 529.10, Sebnitz 222.20, Schraudenbach 118.90, Schmiedeburg 288.70, Tröfau 504.60, Waldkirchen 367.20, Zwickau 323.80, Ziegelanger 3652.10, Eisenberg 49.—, Berlin (Rupp) 70.—, Saalburg, Inf. 18.80, Neustadt i. Odw. 20.—, Achim, Inf. 10.—, Fürth, Inf. 44.80, Wilsdruff, Inf. 12.80, Würzen 2595.10, Weilerode 2161.90, See 1087.20, Neubaus 702.40, Neubau 694.70, Moosbach 110.95, Maben 8011.60, Jpöfen 596.10, Jannowig 1699.80, Holenberg 815.90, Gelsenkirchen 402.60, Greifswald 537.30, Dreihäusen 1292.40, Demig 11 265.85, Krefeld 794.50, Walheim 1966.10, Bennigsen 307.90, Bretten 219.90, Braunsstade 1773.70, Berlin 3866.80, Ischach 2242.90, Albers- weiler 7.50, Alena 17.50, Grewesmühlen 18.10, Wismar 35.—, Wörlen- bach, Inf. 4.20, Wilhelmshagen, Ab. 15.—, Weidewies 50.—, Heide 22.—, Augsburg 2444.20, Guben 898.60, Deidesheim 1623.—, Eberbach i. Bd. 1459.10, Freiburg i. Bd. 3874.95, Immendingen 1558.20, Kappelrodet 3466.65, Königsbrück 3600.—, Kupferdreh 813.50, Reßheim 654.90, Langelsheim 301.60, Meifßen II 643.90, Rammelsbach 15 000.—, Stedelsbrunn 555.70, Steinau 2646.20.

Denkmalsfonds für A. Staudinger: Bereits quittiert 9364.80 M. Krefeld 20.— M. Sa. 9384.80 M. Ludwig Geiß, Kassierer.

### Adressenänderungen.

2. Gau.

Girlachsdorf. Vorf.: Adolf Vogel, Obersdorf Str. Reichen- bach i. Schlef.

4. Gau.

Bielefeld. Vorf.: Heinrich Simon, Herford, Freieistr. 8; Raff.: Aug. Wosjes, Langenhagen 51.

- 6. Gau. Elzweiler (Post Hingweiler, Pfalz). Vorf. u. Raff.: August Simon.
- 7. Gau. Lindensfels. Vorf.: Johannes Röder, Schlierbacher Weg 5. Dröb b. Kirchheimbolanden (Pfalz). Vorf. u. Raff.: Philipp Baldauf.
- Schwarzenbach. Vorf.: Christian Geheimer, Schwarzen- bach-Neustadt.
- Weihenstadt. Vorf.: Wolfgang Reul, Bunsiedler Straße 285.

### Neue Bücher, Zeitschriften usw.

Rosa Luxemburg — Karl Liebknecht — Leo Jogisches. Ihre Be- deutung für die deutsche Sozialdemokratie. Eine Skizze von Karl Rautsky. Verlagsgenossenschaft Freiheit e. G. m. b. H., Berlin. Preis 2 Mark. So zahlreich die Schriften über Rosa Luxemburg, Karl Lieb- knecht und Leo Jogisches auch sind, so fehlte bisher doch eine, die das Gemeinsame in dem Wirken dieser drei Persönlichkeiten hervorhoht und die Ursachen für die eigenartige Rolle erklärt, die sie in der deutschen Arbeiterbewegung spielten. Auch die jüngste Schrift Radets über diese drei Personen leidet an diesem Mangel. Es ist deshalb freudig zu begrüßen, daß Rautsky das Erscheinen der Radetschen Schrift zum Anlaß genommen hat, gerade diese Seite des Wirkens der drei Persönlichkeiten darzustellen.

Die Erfassung der Goldwerte. Der Wert der deutschen Mark ist gegenwärtig auf der internationalen Börse auf genau 4 Pfennig ge- sunken. In Deutschland bedeutet das nach fortschreitender Teuerung, unter der die weitesten Kreise des Volkes leiden. Die deutsche Valuta muß immer weiter sinken, solange wie jetzt das Deutsche Reich jede Woche ungeheure Mengen neuen Papiergeldes druckt und der Reichs- haushalt einen jährlichen Fehlbetrag von 100 000 Millionen Mark auf- weist. Wie ist dieser unheilvollen Entwicklung zu begegnen? Wo ist die Steuer, die den deutschen Etat wieder in Ordnung bringen kann? Es ist die Erfassung der Produktionsmittel, der Sachwerte, der soge- nannten Goldwerte. Hier allein kann das Reich die Mittel holen, um die Reparationen zu bezahlen und das große Loch im Etat zu stopfen. Denn die Besitzer der Sachwerte sind noch allem enorm steuerkräftig.

Ein einfaches Beispiel zeigt das. Man denke sich zwei Leute, die im Jahre 1913 jeher 100 000 Mark besitzen. Der eine kaufte sich dafür deutsche Reichsanleihe. Er hat inzwischen Vermögensabgabe be- zahlt, und wenn er heute den Rest seiner Reichsanleihe verkauft, so erhält er etwa 50 000 Mark, die eine Kaufkraft haben wie etwa vor dem Krieg 4000 bis 5000 Mark. Sein Vermögen ist vollkommen ent- wertet, er ist nicht mehr weit vom Proletarier entfernt. Demgegenüber der andere Mann mit 100 000 Mark, der sich im Jahre 1913 für sein Geld ein Rittergut für 600 000 Mark gekauft hat, wovon er 100 000 M. bar bezahlt hat und 500 000 Mark Hypotheken schuldig blieb. Das Gut ist heute mindestens 5 Millionen Mark wert, und wenn er es verkauft und die Hypotheken abgahlt, bleiben ihm noch Abzug aller Steuern noch mindestens 4 Millionen Mark übrig. Dieser Besitzer eines Goldwertes ist das richtige Steuerobjekt.

Die Erfassung der Goldwerte steht deshalb für die Sozialdemokratie im Mittelpunkt der ganzen Finanzfrage, wie die Finanz- und Valuta- frage selbst heute im Mittelpunkt des ganzen wirtschaftlichen und poli- tischen Lebens steht. Die Ioben in der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, erschienene Broschüre: „100 Milliarden neue Reichssteuern“, wer soll zahlen? Arbeitendes Volk oder Besitzer von Goldwerten? (Preis 2.50 M.) erschließt das Verständnis dieses Problems und ver- dient deshalb weiteste Verbreitung.

### Anzeigen

### Berlin.

Dienstag, 1. November, abends 6.30 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Großer Saal **Berammlung aller Branchen.** Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal; 2. Stellung- nahme zur Beitragserhöhung und Beschlußfassung darüber. 3. Verschiedenes. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser wichtigen Beramm- lung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

**Jeder kann Schriftzeichnen nach meiner Methode!** Man bestelle eine Grabmalchrift mit Aufklärungs- sendung Angabe der Schriftgröße, Text, Steinart, vertieft oder erhaben einfinden: Franz Siegler, Bildhauer, Sieben (Hessen).

**Steinabnehmer** für dauernde Beschäftigung werden sofort eingestellt. Harzer Pflastersteinbrüche Langelsheim G. m. b. H.

**Steinmetzen** auf Sandstein und Kalkstein stellt jederzeit ein C. A. MERKEL NACHFOLGER Erfurt — Gotha — Kammerbruch Seeberg.

**Tüchtige Hand- und Maschinenpoliture stellen ein** Stein- und Marmorwerke G. m. b. H. vorm. Steinwerke Sammet G. m. b. H., Effen, Förverstr. 104.

**Suche für sofort 2 tüchtige Steinmetzgehilfen** die in allen vorkommenden Arbeiten der Grabsteinbranche bewandert sind. KARL SCHIRMEL, BURG b. Magdeburg.

**Mehrere tüchtige Steinmetzen gesucht** Gebr. Dörgeloh, Vlotho a. d. Weser. Fernruf 108.

**Tüchtiger Granitschleifer gesucht.** Für Verheirateten gute Wohnung vorhanden. Granitwerk Werlau bei Reinheim (Hessen).

**Tücht. Sandsteinmetz für dauernde Beschäftigung gesucht** G. Brückel, Steinbildhauerei, Achim bei Bremen.

**Einen Granitsteinmetz für Grünsteinbearbeitung stellt sof. ein** MENZEL, RUHLAND.

**Granitsteinmetzen** auf Bau- und Dent- malarbeit sof. gesucht. Kost und Logis vorhanden. Erwin Füssel, Königsbrück (Sachsen).

**Gestorben.** (Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntnis eingelangt sind.) In **Lauterecken Franz Blut II.** Der Kollege ist bei der Katastrophe in Oppau ums Leben gekommen. In **Striegau** am 18. Oktober der Brecher **Josef Warthel**, 65 Jahre alt, Lungenleiden.

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig. Gedruckt in der „Freien Presse“, Leipzig.